



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

BMZ-Kernthemenstrategie: „Verantwortung für unseren Planeten – Klima und Energie“

BMZ Strategie

BMZ PAPIER 6 | 2021

[bmz.de](https://www.bmz.de)

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	3
1. Zusammenfassung und Kernbotschaften	5
2. Menschheitsaufgabe Bewältigung des Klimawandels	7
2.1. Herausforderungen und Entwicklungspotenziale	7
2.2. Status quo und bisherige Erfahrungen	9
3. Strategische Schlussfolgerungen und Ausrichtung der deutschen Kooperation für die Jahre 2021 bis 2025	13
3.1. Ansatz und Interessen der deutschen Entwicklungspolitik	13
3.2. Entwicklungspolitische Ziele	14
4. Zukünftige Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in den Aktionsfeldern: strategische Vorgaben	19
4.1. Aktionsfeld 1 „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel“	19
Initiativthema „Allianz für Entwicklung und Klima“ – freiwilliges privates Engagement für Entwicklung und Klimaschutz	21
Klimaneutrales BMZ – mit gutem Beispiel vorangehen	22
4.2. Aktionsfeld 2 „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“	23
Initiativthema „Grüne Bürgerenergie“	26
Initiativthema „Grüner Wasserstoff und Folgeprodukte“	27
4.3. Aktionsfeld 3 „Nachhaltige Stadtentwicklung“	28
5. Erfolgsbewertung	32
6. Glossar	33
7. Anhang: „Vision 100“	37

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AAI	<i>Africa Adaptation Initiative</i>
ACT	<i>Action towards Climate-friendly Transport</i>
AU	Afrikanische Union
AREI	<i>Africa Renewable Energy Initiative</i>
AWE	Agentur für Wirtschaft und Entwicklung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BverfG	Bundesverfassungsgericht
CCFLA	<i>Cities Climate Finance Leadership Alliance</i>
CFF	<i>C40 Cities Finance Facility</i>
CIFs	<i>Climate Investment Funds</i>
CVF	<i>Climate Vulnerable Forum</i>
CO ₂ e	CO ₂ -Äquivalente
DAC	<i>Development Assistance Committee (OECD)</i>
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft
DEval	Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
DKTI	Deutsche Klima- und Technologie-Initiative
EG	<i>Engagement Global</i>
EGD	<i>European Green Deal</i> , Europäischer Grüner Deal
EMAS	<i>Eco-Management and Audit Scheme</i>
ESMAP	<i>Energy Sector Management Assistance Program</i>
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GCF	<i>Green Climate Fund</i>
GEF	<i>Global Environment Facility</i>
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
ICLEI	<i>Local Governments for Sustainability</i>

IEA	Internationale Energieagentur
IFI	Internationale Finanzinstitution
IGP	<i>InsuResilience Global Partnership</i>
IRENA	<i>International Renewable Energy Agency</i>
ISA	Internationale Solarallianz
IWF	Internationaler Währungsfonds
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KSG	Bundes-Klimaschutzgesetz
LCIPP	<i>Local Communities and Indigenous Peoples Platform</i>
LDCF	<i>Least Developed Countries Fund</i>
LDCs	<i>Least Developed Countries</i>
LTS	<i>Long-term Strategies</i>
LWPG	<i>Lima Work Programme on Gender</i>
NAMAs	<i>Nationally Appropriate Mitigation Actions</i>
NAPs	<i>National Adaptation Plans</i>
NDCs	<i>Nationally Determined Contributions</i>
NDCP	NDC-Partnerschaft
NDICI	<i>Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument</i>
OECD	<i>Organisation for Economic Co-operation and Development</i>
PAGE	<i>Platform for Accelerating the Circular Economy</i>
PBF	<i>Policy Based Financing</i>
PDD	<i>Platform on Disaster Displacement</i>
PtX	<i>Power-to-X</i>
REN21	<i>Renewable Energy Policy Network for the 21st Century</i>
SCCF	<i>Special Climate Change Fund</i>
SDGs	<i>Sustainable Development Goals</i>
SE4All	<i>Sustainable Energy for All</i>
SIDS	<i>Small Island Developing States</i>
SLOCAT	<i>Partnership on sustainable, low carbon transport</i>
TEI	<i>Team-Europe-Initiativen</i>
TFD	<i>Task Force on Displacement</i>
TUMI	<i>Transformative Urban Mobility Initiative</i>
TZ	Technische Zusammenarbeit
UNDP	<i>United Nations Development Programme</i>
UNFCCC	<i>UN Framework Convention on Climate Change</i>
UN-Habitat	<i>United Nations Human Settlements Programme</i>
VN	Vereinte Nationen

1 Zusammenfassung und Kernbotschaften

Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen, und seine Begrenzung erfordert eine enorme gemeinsame Kraftanstrengung der globalen Gemeinschaft.

Die Industrieländer tragen beim Klimaschutz besondere Verantwortung. Doch ohne entschlossenes Handeln in Schwellen- und Entwicklungsländern können **die Temperaturziele des Pariser Abkommens nicht erreicht werden.** Diese erfordern globale Klimaneutralität zur Mitte des Jahrhunderts und schnell absinkende Emissionen auf dem Weg dahin.

Zu den Herausforderungen gehören auch die Anpassung an die Folgen des Klimawandels und die Ausrichtung der globalen Finanzströme aus öffentlichen und privaten Quellen an klimaneutralen und resilienten Entwicklungspfaden. Von den Folgen des Klimawandels sind die Länder des Globalen Südens besonders betroffen. Angesichts der teilweise schon unabwendbaren Auswirkungen ist eine systematische Anpassung an den Klimawandel bereits heute geboten.

Die Entwicklungsziele, die sich die Weltgemeinschaft mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung gesetzt hat, können nur erreicht werden, wenn der Klimawandel begrenzt wird. Andernfalls drohen auch bereits erzielte Erfolge verloren zu gehen. Eine klimaneutrale Entwicklung birgt gleichzeitig viele Chancen für Gesundheit, Beschäftigung und Wohlstand. Wichtig ist auch, dass die Aufbauprogramme als Reaktion auf die Covid-19-Krise systematisch auf klimagerechte Entwicklung ausgerichtet werden.

Für die dafür notwendige soziale, ökologische und wirtschaftliche Transformation sind politische Weichenstellungen sowie **strukturelle Änderungen der Energiesysteme und in der Stadtentwicklung notwendig.** Vor diesem Hintergrund fokussiert das BMZ im Kernthema „Verantwortung für unseren Planeten – Klima und Energie“ auf die drei Aktionsfelder „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel“, „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ sowie „Nachhaltige Stadtentwicklung“. Auch in anderen Kernthemen fördert das BMZ systematisch eine nachhaltige und klimagerechte Entwicklung. Sein **gesamtes finanzielles Engagement gestaltet das BMZ so aus, dass es mit den Zielen des Pariser Abkommens kongruent ist** und deren Erreichung aktiv unterstützt. Der Großteil der internationalen Klimafinanzierung Deutschlands stammt aus dem Haushalt des BMZ.

Das BMZ unterstützt soziale, ökologische und wirtschaftliche Transformation und trägt damit dazu bei, das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens und die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 zu erreichen. Das BMZ unterstützt seine Partnerländer insbesondere bei der Planung und Umsetzung ambitionierter Klimastrategien, bei der Versorgung mit nachhaltiger Energie sowie bei der Gestaltung von nachhaltigen Städten.

Um diese Transformation zu befördern, setzt das BMZ die gesamte Bandbreite seines Instrumentariums ein. Dabei sollen bi- und multilaterale Instrumente sich gegenseitig verstärken. Die Europäische Union (EU), Internationale Finanzinstitutionen (IFIs), Organisationen der

Vereinten Nationen (VN) und Klimafinanzierungsfonds sind besonders wichtige multilaterale Partner. Außerdem sollen Schuldenerleichterungen zur Finanzierung der nachhaltigen Transformationsprozesse genutzt werden.

Das erste Aktionsfeld „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel“ fokussiert auf eine strategische **klimapolitische Zusammenarbeit mit Partnerländern**. Dazu werden **ambitionierte Vereinbarungen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel mit den Partnerländern, aber auch mit multilateralen oder privaten Akteuren** getroffen. Sie werden durch sektorübergreifende Ansätze zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel umgesetzt, bei denen ambitionierte Politiken und Rahmenbedingungen mit der systematischen Stärkung von Resilienz und der Ausgestaltung von Klimafinanzierungsinstrumenten ineinandergreifen. Die freiwillige Kompensation von Treibhausgasemissionen bei Unternehmen wird vom BMZ vor allem im Rahmen des **Initiativthemas „Allianz für Entwicklung und Klima“** gefördert; dies soll **künftig stärker eingebettet werden in die Förderung von freiwilligen CO₂-Kompensationsmärkten für ausgewählte Sektoren wie dem Luftverkehr**. Als **erstes klimaneutrales Bundesressort** geht das BMZ mit gutem Beispiel voran.

Im zweiten Aktionsfeld „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ setzt sich das **BMZ für eine klimaneutrale Deckung des stark steigenden Energiebedarfs bei einer vollständigen Dekarbonisierung des Energiesektors bis 2050 ein**. Mit Partnerländern und der internationalen Gebergemeinschaft soll bis 2030 eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Energie erreicht werden, die zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen stammt (Leitbild der „Vision 100“¹). Das **Initiativthema „Grüne Bürgerenergie“** zielt darauf ab, ländliche Regionen besser mit dezentralen erneuerbaren Energien zu versorgen, unter

Einbindung von Kommunen, Genossenschaften und privatwirtschaftlichen Investoren. Die im Rahmen des **Initiativthemas „Grüner Wasserstoff und Folgeprodukte“** geförderten synthetischen Grund- und Kraftstoffe tragen zu nachhaltiger sozio-ökonomischer Entwicklung und zur Erreichung der Klimaziele bei.

Im dritten Aktionsfeld „Nachhaltige Stadtentwicklung“ ist Ziel der deutschen Entwicklungspolitik, dass **Städte nachhaltig, klimaneutral, resilient und lebenswert** sind. Dazu unterstützt das BMZ seine Partner bei einem **integrierten Ansatz**, mit dem Wachstum frühzeitig gestaltet wird, Synergien bei den vielfältigen Aspekten der Stadtentwicklung genutzt sowie Zielkonflikte abgewogen und möglichst vermieden werden. Als Grundlage für nachhaltige Stadtentwicklung werden Verbesserungen der Regierungs- und Verwaltungskapazitäten und die Ausstattung mit finanziellen Mitteln unterstützt. Darauf aufbauend stehen die städtischen Handlungsfelder **Mobilität, klimaneutrales Bauen, Kreislaufwirtschaft und Siedlungswasserwirtschaft** besonders im Fokus. So werden nachhaltiger Wohnraum und Infrastruktur, der inklusive Zugang zu Basisdienstleistungen, gesellschaftliche Teilhabe sowie ein sicheres und gesundes Umfeld geschaffen.

¹ Erläuterung zur „Vision 100“ im Anhang.

2 Menschheitsaufgabe Bewältigung des Klimawandels

2.1 Herausforderungen und Entwicklungspotenziale

Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen: Er stellt bisherige Entwicklungserfolge infrage und gefährdet zukünftige Entwicklung. Im Pariser Klimaabkommen hat die Staatengemeinschaft beschlossen, den durchschnittlichen weltweiten Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, ihn auf **1,5 Grad Celsius** zu begrenzen. Bereits eine Erwärmung jenseits von 1,5 Grad Celsius wird gravierende Folgen nach sich ziehen. Kipppunkte im Erdsystem drohen erreicht zu werden; auf jedes Zehntelgrad kommt es an. Nachhaltige Entwicklung muss im Rahmen der planetaren Grenzen, das heißt auch innerhalb der Temperaturziele des Pariser Abkommens, erfolgen – oder es wird keine nachhaltige Entwicklung geben.

Die Industrieländer tragen beim Klimaschutz als historische Hauptverursacher des Klimawandels und mit nach wie vor hohen Pro-Kopf-Emissionen besondere Verantwortung. Doch ohne entschlossenes Handeln in Schwellen- und Entwicklungsländern können die Temperaturziele von Paris nicht erreicht werden, denn sie verursachen bereits heute rund zwei Drittel der jährlichen Treibhausgasemissionen, und ihr Anteil wird weiter ansteigen. So hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in seinem Beschluss vom 24. März 2021 die internationale Dimension des verfassungsrechtlich in Art. 20a Grundgesetz verankerten

Klimaschutzgebotes festgestellt und dazu ausgeführt: „Das Klimaschutzgebot verlangt vom Staat international ausgerichtetes Handeln zum globalen Schutz des Klimas und verpflichtet, im Rahmen internationaler Abstimmung auf Klimaschutz hinzuwirken.“²

Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Staatengemeinschaft auch verpflichtet, die **Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels zu fördern und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimafolgen zu erhöhen. Die Folgen des Klimawandels zeigen sich weltweit, am stärksten in Entwicklungsländern.** Wetterkatastrophen wie Dürren, Wirbelstürme und Überschwemmungen sowie sich langsam verändernde Niederschlagsmuster, Verknappung der Wasserressourcen, Boden-degradierung oder kollabierende Ökosysteme betreffen die ärmsten und bereits marginalisierten Gruppen in besonderem Maße. Der Klimawandel verursacht schon heute Migrationsbewegungen und katastrophenbedingte Vertreibung. Konkret drohen durch den Klimawandel bis 2030 bis zu 132 Millionen Menschen mehr in extremer Armut zu leben und bis 2050 über 140 Millionen Menschen ihre Heimat zu verlieren. Entsprechend wird ein umfassender Umgang mit Klima- und Katastrophenrisiken immer bedeutender. Für die besonders vom Klimawandel Betroffenen müssen klimabedingte **Verluste und Schäden abgewehrt und abgedeckt werden,** einschließlich solcher, die ökonomisch schwer messbar sind, zum Beispiel der Verlust von Heimat, intakten Ökosystemen oder des kulturellen Erbes.

²BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 – 1 BvR 2656/18.

Drei Viertel der globalen Treibhausgasemissionen sind derzeit energiebedingt.³

Die Internationale Energieagentur (IEA) hat festgestellt, dass nur mit einem entschlossenen Handeln der Politik und drastischer Emissionsreduzierung im Energiesektor das 1,5-Grad-Ziel noch erreicht werden kann.⁴ Gleichzeitig steigt der Energiebedarf in Entwicklungs- und Schwellenländern an. Für nachhaltige Antworten muss der **Anteil an erneuerbaren Energien am Energiemix** erhöht und die Energieeffizienz deutlich gesteigert werden. Dabei muss die Dekarbonisierung so angelegt werden, dass sie auch **Perspektiven für diejenigen bietet, die vom Strukturwandel nachteilig betroffen sind**. Die erforderliche Transformation muss nicht nur sozialverträglich sein, sondern kann und sollte zudem Entwicklungs- und Beschäftigungsperspektiven gerade auch für die ärmsten und verwundbarsten Länder und Bevölkerungsgruppen eröffnen.

Den Städten kommt beim Klimaschutz wie auch bei der Anpassung an den Klimawandel eine zentrale Rolle zu. Sie beherbergen schon heute mehr als die Hälfte der Menschheit.

Städte verursachen über zwei Drittel der energiebezogenen Treibhausgasemissionen und sind besonders von den Folgen des Klimawandels bedroht (zum Beispiel liegen zwei Drittel aller Megacities an Küsten). **Durch den erwarteten Anstieg des Anteils der Stadtbevölkerung auf über zwei Drittel der (wachsenden) Weltbevölkerung werden bestehende Herausforderungen weiter verschärft.** Gleichzeitig tragen Städte bereits vielfach mit lokalen Maßnahmen zum Klimaschutz bei und verfügen über praxiserprobtes Wissen, das es zu stärken und zu teilen gilt. Damit Städte auch langfristig ein lebenswertes Umfeld für alle bieten, **müssen Gebäude, Mobilität, Flächennutzungen sowie Siedlungswasser- und Abfallwirtschaft** nachhaltig ausgestaltet und Emissionen reduziert werden. **Die Resilienz** der Städte muss steigen.

Dafür sind auch **effektive Kreislaufwirtschaftssysteme** notwendig.

Das 1,5-Grad-Temperaturziel erfordert globale Klimaneutralität zur Mitte des Jahrhunderts und schnell absinkende Emissionen auf dem Weg dahin. Dafür sind auch **naturbasierte Lösungen, wie der Schutz und die Wiederherstellung von Böden und Wäldern zur Schaffung von Kohlenstoffsenken, bei gleichzeitigem Erhalt von Biodiversität, unverzichtbar**. Dabei tragen die derzeitigen Ernährungssysteme durch ihre Emissionen, erheblich zur Erderwärmung bei. **Gleichzeitig stellt der Klimawandel eine der größten Herausforderungen für die Agrarwirtschaft und die ländliche Bevölkerung dar** (unter anderem aufgrund von Dürren, Starkregen und Überschwemmungen, veränderten Anbaubedingungen).

Die Transformation hin zu Klimaneutralität und Resilienz erfordert erhebliche Investitionen, die nachhaltiges Wachstum, zukunftsfähige Arbeitsplätze, öffentliche Gesundheit und menschliche Entwicklung insgesamt befördern und sich dadurch mehr als rentieren. **Öffentliche Gelder werden dafür nicht ausreichen**. Stattdessen müssen die **globalen Finanzflüsse insgesamt**, einschließlich privater Investitionen, in allen Wirtschaftsfeldern und Finanzmärkten an den Klimaschutz- und Anpassungszielen des Pariser Klimaabkommens ausgerichtet werden.

Eine der größten Herausforderungen bei diesen Aufgaben ist die Zeit: Je später die Weichen auf Klimaneutralität gestellt werden, desto größer werden die Transformationskosten sein. Dabei ist die Transformation bereits jetzt technologisch möglich sowie sozial, ökologisch und makroökonomisch sinnvoll. Dies gilt auch für den Einsatz öffentlicher und privater Finanzmittel, die weltweit während und wegen der Covid-19-Pandemie zur Wirtschaftserholung mobilisiert werden. Die

³Das heißt, diese Treibhausgasemissionen stammen aus der Energiegewinnung selbst sowie aus dem Energieverbrauch durch Verkehr, Industrie, Handel, Landwirtschaft, Gebäude und andere Sektoren.

⁴IEA (2021): Net Zero by 2050 – A Roadmap for the Global Energy Sector, <https://www.iea.org/reports/net-zero-by-2050>.

nächsten fünf Jahre werden entscheidend sein, damit die Ziele des Pariser Abkommens und der Agenda 2030 erreicht werden können.

2.2 Status quo und bisherige Erfahrungen

Die große Mehrheit der Staaten genügt noch nicht den Anforderungen zur Umsetzung des Pariser Abkommens. So wie Deutschland und Europa noch weit von einem nachhaltigen Emissionsniveau entfernt sind, gilt dies auch für die Partner des BMZ. Selbst wenn alle bisherigen *Nationally Determined Contributions* (NDCs) umgesetzt würden, wäre immer noch eine Erwärmung um rund drei Grad Celsius zu erwarten. Die NDCs genügen noch nicht dem Ziel der **Treibhausgasneutralität zur Jahrhundertmitte**, wie es in Klima-Langfriststrategien (*Long-term Strategies/LTS*) zum Teil schon festgeschrieben ist bzw. werden soll. **Auch bei der Anpassung an den Klimawandel stehen die meisten Staaten noch am Anfang.**

Die deutsche Entwicklungspolitik kann auf umfangreiche Erfahrungen zurückgreifen, die sie im Themenbereich über die letzten Jahre und Jahrzehnte gesammelt hat.

Deutschland ist international einer der größten Geber für Klimaschutz und Anpassung und hat sein Klimafinanzierungsziel für 2020 von vier Milliarden Euro auf der Basis von Haushaltsmitteln mit rund 5,1 Milliarden Euro übertroffen. Das BMZ erbringt mehr als 85 Prozent dieser Mittel. **Insgesamt hat Deutschland im Jahr 2020 Klimafinanzierung in Höhe von ca. 7,8 Milliarden Euro⁵ geleistet** (inkl. mobilisierter Marktmittel und privater Klimafinanzierung)⁶. Die Erfüllung des international vereinbarten 100-Milliarden-USD-Kli-

mafinanzierungsziels ist trotz positiven Trends aktuell unwahrscheinlich, auch vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie. **Das BMZ hat durch bilaterale Maßnahmen, Beiträge im europäischen Kontext sowie durch multilaterales Engagement Verantwortung übernommen, häufig in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU).** Dadurch hat es das internationale Momentum für Klimaschutz und Anpassung gestärkt sowie internationale Finanzflüsse im Sinne des Pariser Abkommens beeinflusst. So werden beispielsweise in der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit durch die im Zeitraum 2015 bis 2020 unterzeichneten Vorhaben jährlich 50,8 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente (CO₂e) in den Partnerländern eingespart. In der bilateralen technischen Zusammenarbeit des BMZ konnten allein im Jahr 2019 gut 381.000 Tonnen Treibhausgasemissionen direkt sowie 29,2 Millionen Tonnen indirekt vermieden werden.⁷

Das BMZ hat mit zwei internationalen Partnerschaftsinitiativen die Landschaft der Klimaakteure mitgeprägt. Dazu zählt die von BMZ und BMU 2016 initiierte globale **NDC-Partnerschaft (NDCP)**. 96 Entwicklungs- und Schwellenländer sind mit Stand April 2021 bislang Mitglied der NDPC; in rund 80 Ländern kooperieren die Mitglieder der Partnerschaft bei der Umsetzung und der Ambitionssteigerung ihrer NDCs. Insgesamt muss sich die stringente Orientierung der Partnerländer, aber auch der bi- und multilateralen Geber an NDCs jedoch noch verbessern. Analog hat das BMZ im Bereich der Klimarisikofinanzierung und -versicherungen die **Insu-Resilience Global Partnership (IGP)** ins Leben gerufen, die mittlerweile über 100 Partner aus G20- und V20-Staaten,⁸ multilateralen Institutionen, Versicherungswirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft vereint.

⁵Inkl. öffentlich mobilisierter privater Finanzierungen und Marktmitteln KfW/DEG.

⁶Zum Vergleich: 2018 rechnete die OECD mit einer gesamten internationalen Klimafinanzierung aus allen Quellen von 79 Milliarden Euro.

⁷Aggregierte Ergebnisberichterstattung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZ).

⁸Finanzministerstrang des *Climate Vulnerable Forum* (CVF), der Gruppe der gegenüber dem Klimawandel verwundbarsten Länder.

Mit dem *European Green Deal* (EGD) sowie der neuen klimazentrierten Handelsstrategie gehen die EU und ihre Mitgliedsstaaten gemeinsam einen großen Schritt in Richtung Klimaschutz und Anpassung und unterstreichen ihre **Rolle als globaler Vorreiter**. Obwohl die externe Dimension des EGD bislang noch nicht hinreichend konkretisiert wurde, ist sie zuletzt in mehreren außenpolitischen Strategien der EU miteinbezogen worden. Mit dem *Team-Europe*-Ansatz und *Joint Programming* bietet sich so ein guter Ansatzpunkt, um die externe Dimension des EGD durch verstärkte und verbesserte bergemeinschaftliche Kooperation im Rahmen des *Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument* (NDICI) mit Leben zu füllen. Allerdings darf der EGD nicht als eine Initiative wahrgenommen werden, die durch neue Konditionen die internationale Zusammenarbeit erschwert, sondern als ein Ansatz mit sozialem und ökonomischem Potenzial für Partnerländer, auch durch möglichst signifikante Unterstützung durch die Geber.

Deutschland ist ferner einer der wichtigsten Unterstützer der multilateralen Klimafonds und gestaltet über die jeweiligen Steuerungsgremien die strategische Ausrichtung der Institutionen maßgeblich mit. So ist das BMZ bei der Globalen Umweltfazilität (*Global Environment Facility*/GEF) nach Japan aktuell zweitgrößter Geber. Beim *Least Developed Countries Fund* (LDCF), dem Fonds der GEF für die ärmsten Länder, und dem *Special Climate Change Fund* (SCCF) ist das BMZ der größte Geber. Auch beim Grünen Klimafonds (*Green Climate Fund*/GCF) und den Klimainvestitionsfonds (*Climate Investment Funds*/CIFs) zählt Deutschland mit Beiträgen aus dem Haushalt des BMZ zu den größten Gebern. Alleine für den GCF hat Deutschland seinen Beitrag von 750 Millionen Euro für den Zeitraum 2015 bis 2019 auf 1,5 Milliarden Euro für 2020 bis 2023 verdoppelt. Durch dieses multilaterale Engagement erzielt das BMZ starke Wirkun-

gen: Durch die vom GCF bereits zugesagten Projekte werden voraussichtlich 1,8 Milliarden Tonnen CO₂e eingespart, 498 Millionen Menschen werden voraussichtlich von erhöhter Klimaresilienz durch GCF-Anpassungsvorhaben profitieren. Durch die Vorhaben unter der 7. Wiederauffüllungsphase der GEF (4,1 Milliarden USD) sollen zudem bis zu 1,5 Milliarden Tonnen CO₂e eingespart werden.⁹

Besondere Glaubwürdigkeit hat sich Deutschland in den Klimaverhandlungen zum Umgang mit klimabedingten Verlusten und Schäden erworben, bei denen das BMZ innovative Ansätze vorantreibt. Mit der Förderung konkreter Maßnahmen in der Klima- und Katastrophensikofinanzierung, der Unterstützung von Frühwarnsystemen, der gezielten Unterstützung bei Klimarisikoanalysen und -management, Kapazitäts- und Wissensaufbau zu klimainduzierter Migration und Vertreibung oder durch die Zusammenarbeit im Rahmen der Globalen Anpassungskommission hat sich Deutschland als verlässlicher und engagierter Partner gezeigt, der gegenüber den am stärksten unter den Folgen des Klimawandels leidenden Ländern und Menschen Verantwortung übernimmt. Gleichzeitig bedarf es eines noch systematischeren Umgangs mit der Vulnerabilität von Partnerländern.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit **hat Millionen Haushalten sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) Zugang zu nachhaltiger Energie verschafft, im Jahr 2020 allein über drei Millionen Menschen.** Signifikante Beiträge zur Energiewende wurden in Ländern mit hohem Anteil an fossilen Energieträgern wie Chile, Indien, Marokko und Südafrika geleistet. Für eine zukunftsfähige klima- und energiepolitische Entwicklungszusammenarbeit ist dieser transformative Charakter von besonderem Belang. Erste Erfahrungen hat das BMZ auch mit der Erzeugung von auf erneuerbarem Strom basierenden Grund- und Kraftstoffen gemacht. Eigenanstrengungen der

⁹Zur aktuellen 1. Wiederauffüllung entspricht der deutsche GCF-Beitrag von 1,5 Milliarden Euro einem Anteil von rd. 17 Prozent. Der deutsche Anteil an der GEF beträgt mit 420 Millionen Euro ca. zwölf Prozent.

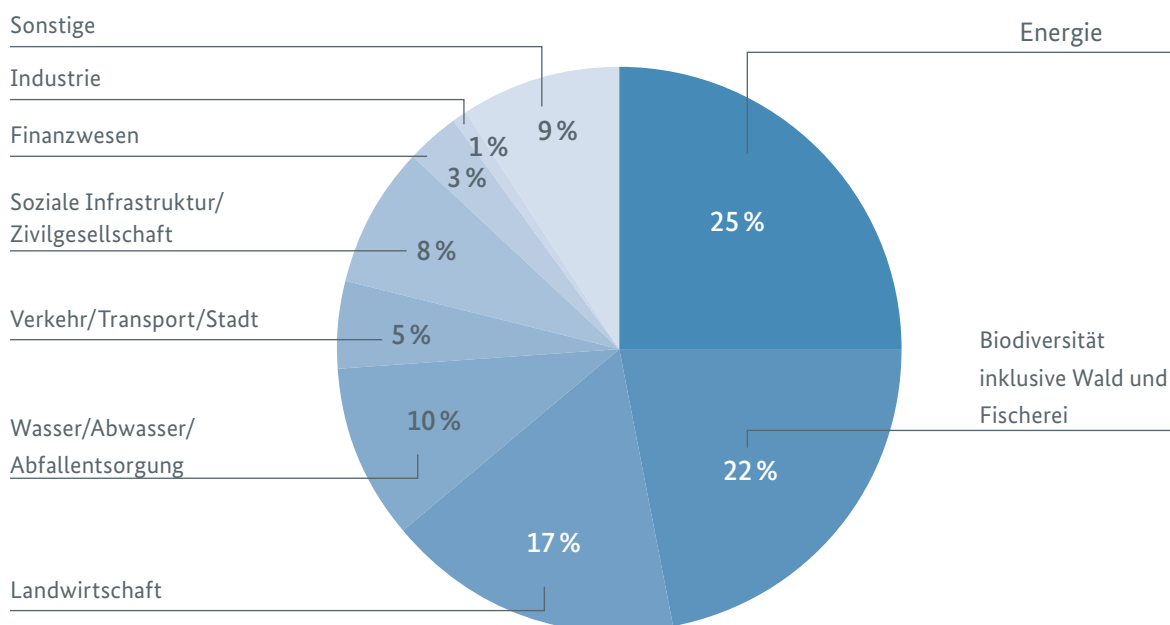
Partnerländer für die Gestaltung energiepolitisch förderlicher Rahmenbedingungen und damit auch für eine bessere Einbindung des Privatsektors sind noch ausbaufähig.

Das BMZ fördert die nachhaltige und klimagerechte Planung und Entwicklung von Städten. Dabei hat sich gezeigt, dass langjährige Kooperationen im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu strukturellen Verbesserungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Städte und der Versorgungssituation in den Städten beitragen. Die Gründung internationaler Initiativen wie der *C40 Cities Finance Facility (CFF)* 2015, der *Transformative Urban Mobility Initiative (TUMI)* 2016, der *PREVENT Abfall Allianz* 2019 und des *Cities Climate Finance Gap Fund* 2020 haben hier ebenso wie die Aushandlung der *New Urban Agenda* eine neue Dynamik ausgelöst. **Durch die TUMI haben beispielsweise 26,5 Millionen Menschen Zugang zu verbesserten Verkehrssystemen**

erhalten; die jährlichen Emissionseinsparungen betragen 1,5 Millionen Tonnen CO₂e.

Für die kommenden Jahre ist entscheidend, dass alle **relevanten Sektoren für eine integrierte Stadtentwicklung** noch stärker zusammengeführt werden. Sekundärstädte wachsen bisher rasant und oft ungesteuert. Bis jetzt werden nicht **früh genug die Weichen auf klimaneutrale Entwicklungspfade** gestellt; so werden **Konzepte für nachhaltige Mobilität** nicht in die städtische Gesamtplanung integriert oder Ansätze für Kreislaufwirtschaftssysteme nicht weiterentwickelt und skaliert. Um den gesellschaftlichen Austausch und Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels zu fördern, gilt es ferner, zivilgesellschaftliche Träger, Kirchen und politische Stiftungen noch stärker in die Projektplanung einzubeziehen sowie den Austausch zwischen Kommunen in Deutschland und den Partnerländern systematisch zu nutzen.

Abb. 1: Aufteilung der BMZ-Klimafinanzierung auf Sektoren (Datengrundlage: Haushaltsmittel 2019 für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit im weiteren Sinne, DAC-CRS-Codes)^{10,11}



Die Abbildung kann lediglich Größenordnungen verdeutlichen, da keine scharfe Trennung zwischen den Sektoren möglich ist.

¹⁰ **Sektordefinitionen über folgende CRS-Codes:** Energie; Biodiversität inklusiver Wald und Fischerei; Landwirtschaft; Verkehr/Transport und Stadt; Soziale Infrastruktur und Zivilgesellschaft; Industrie; Sonstige (alle verbleibenden Projekte).

¹¹ Die laufenden „städtischen TZ-Vorhaben“ mit Klimawirkungen werden nicht vollständig von der Grafik wiedergegeben.

Auch in anderen relevanten Sektoren fördert das BMZ systematisch eine ökologisch nachhaltige und klimagerechte Entwicklung, so insbesondere in Ernährungssystemen, Waldschutz, Biodiversität und Wasser. Auch für den klimasensiblen, ressourceneffizienten und verantwortungsvollen Abbau von Primärrohstoffen, der nicht zuletzt zum Ausbau der erneuerbaren Energien erforderlich ist, setzt sich das BMZ ein. **Die entsprechenden strategischen Ansätze und deren Klimarelevanz werden in den jeweiligen Kernthemenstrategien, insbesondere den Kernthemen „Schutz unserer Lebensgrundlagen – Umwelt und natürliche Ressourcen“ und „Eine Welt ohne Hunger“ ausgeführt.**

Auf der bisherigen Präsenz und dem Erfolg der deutschen Entwicklungspolitik zur klima- und energiepolitischen Zusammenarbeit kann das BMZ auch in Zukunft aufbauen. Einer noch engeren Verzahnung der **bi- und multilateralen Instrumente** wird dabei eine wichtige Rolle zukommen, um systemische Veränderungen wirksam zu befördern. **Zentrale Akteure der multilateralen Zusammenarbeit** sind insbesondere die Weltbankgruppe und regionale Entwicklungsbanken, die Institutionen der EU, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat), der Internationale Währungsfonds (IWF), die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) sowie der GCF und die GEF.

Mit Blick auf den effizienten Einsatz der deutschen Klimafinanzierung und auf den engen Dialog des BMZ mit dem BMU, dem Auswärtigen Amt (AA), dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Bundesfinanzministerium (BMF) konnte im Themenbereich bereits in den vergangenen Jahren größtenteils ein kohärentes, wirksames Vorgehen der Bundesregierung sichergestellt werden. **Synergien in der ressortübergreifenden Zusammenarbeit müssen in Zukunft aber noch effizienter ausgeschöpft werden.** Nur beispielhaft können hier die Gestaltung von internationalen Marktmechanismen unter dem Pariser Klimaabkommen, der Bereich Stadtentwicklung oder ambitionierte Klimapositionierungen für die Entwicklungsbanken und in der Exportkreditfinanzierung genannt werden.

3 Strategische Schlussfolgerungen und Ausrichtung der deutschen Kooperation für die Jahre 2021 bis 2025

3.1 Ansatz und Interessen der deutschen Entwicklungspolitik

Ein stabiles Weltklima ist ein globales öffentliches Gut und eine zentrale Voraussetzung für menschliche Entwicklung. Erfolgreicher Klimaschutz ist im deutschen und europäischen Interesse. Für die Zukunftschancen insbesondere der in Armut lebenden und besonders schutzbedürftigen Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern ist erfolgreicher Klimaschutz unabdingbar. **Neben der Agenda 2030 mit ihren Sustainable Development Goals (SDGs) und dem Anspruch, „Niemanden zurückzulassen“, ist das Pariser Klimaabkommen für die deutsche Entwicklungspolitik handlungsleitend.** Entsprechend tragen die Maßnahmen im Kernthema neben SDG 13 (Klima) direkt zur Erfüllung weiterer SDGs bei, insbesondere SDG 7 (bezahlbare und saubere Energie) sowie SDG 11 (nachhaltige Städte). Darüber hinaus sind Beiträge zu fast allen anderen SDGs zu erwarten, unter anderem SDG 1 (keine Armut), SDG 2 (kein Hunger), SDG 6 (sauberes Wasser und Sanitär-einrichtungen) und SDG 15 (Leben an Land). Für die Maßnahmen im Kernthema bedeutet dies: Durch eine kohärente Umsetzung der Agenda 2030 einerseits und der NDCs, LTS und Nationalen Anpassungspläne (*National Adaptation Plans/NAPs*) andererseits werden durch gegenseitige Unterstützung **erhebliche Synergien für Entwicklungsfortschritte, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel** gehoben.

Die bisherigen Anstrengungen für den Klimaschutz reichen nicht aus, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Daher **setzt sich das BMZ sowohl als Partner in Entwicklungs- und Schwellenländern als auch global für eine entschiedene und auf die Ziele des Pariser Abkommens ausgerichtete Klimapolitik ein.**

Zentral sind dafür deutlich ambitioniertere nationale Politiken für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Strukturelle Änderungen der Energiesysteme und in der Stadtentwicklung bieten großes Wirkungspotenzial. Daher **fokussiert das BMZ in der vorliegenden Strategie auf die drei Aktionsfelder „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel“, „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ sowie „Nachhaltige Stadtentwicklung“.** In allen Aktionsfeldern des Kernthemas sollen mit den Partnerländern Maßnahmen vereinbart und in der Umsetzung unterstützt werden, die **konkrete Veränderungen** in Partnerländern ermöglichen **und die Rahmenbedingungen** für klimagerechte und sozialverträgliche Transformation schaffen. Damit die Transformation gelingt, müssen alle Interventionen kohärent ineinandergreifen: bilateral und multilateral, Technische und Finanzielle Zusammenarbeit, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Dabei gilt es gerade jetzt, **mit nachhaltigen Investitionsprogrammen und der Neugestaltung von Wirtschaftssystemen im Zuge der Reaktionen auf die Covid-19-Krise** die notwendige und sozial gerecht gestaltete Transformation im Sinne eines *Recover-Forward*-Ansatzes umzusetzen.

Mit seinen umfassenden bi- und multilateralen Beiträgen in Form von Finanzierung, Beratungen und Know-how für Klimaschutz und Anpassung **zielt das BMZ weiterhin auch auf Vertrauensbildung für die internationalen Klimaverhandlungen.**

3.2 Entwicklungspolitische Ziele

Ziele des Kernthemas

Das übergreifende Ziel der Strategie im Kernthema „Verantwortung für unseren Planeten – Klima und Energie“ lautet: **Das BMZ unterstützt soziale, ökologische und wirtschaftliche Transformation und trägt damit dazu bei, das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens und die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 zu erreichen. Dazu setzt sich das BMZ insbesondere für ambitionierten Klimaschutz, für Anpassung an den nicht mehr vermeidbaren Klimawandel, für die Versorgung mit bedarfsgerechter, bezahlbarer und nachhaltiger Energie sowie für die Gestaltung von nachhaltigen, klimaneutralen, resilienten und lebenswerten Städten ein.**

Im Dialog und mit konkreter Unterstützung sollen Partner und Institutionen in die Lage versetzt werden, ihren Klimaschutzverpflichtungen unter dem Pariser Klimaabkommen nachzukommen sowie Anpassungs- und Resilienzmaßnahmen umzusetzen. In der Regel werden die **Vorhaben im Kernthema durch ihre Haupt- und Nebenziele vollständig auf**

Klimaschutz und/oder -anpassung ausgerichtet. Sie sind somit in der Regel zu 100 Prozent, mindestens aber zu 50 Prozent auf die Klimafinanzierung anrechenbar gemäß den entsprechenden OECD-DAC-Vorgaben.¹²

Das erste Aktionsfeld „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel“ fokussiert auf eine strategische, sektorübergreifende Zusammenarbeit, durch die klimapolitische Reformen ermöglicht werden. Dazu sollen Kapazitäten und Institutionen zur Erstellung und Umsetzung von klimarelevanten Politiken gestärkt sowie transformative Klimaportfolios aufgebaut werden (SDG 13.1-3, a und b). Diese Prozesse, Institutionen und Projekte haben das Ziel, den Beitrag eines Landes beziehungsweise einer Institution zur Erreichung des 1,5-Grad-Zieles und/oder die Resilienz und Anpassungskapazitäten gegenüber klimabedingten Risiken zu erhöhen.

Im **zweiten Aktionsfeld „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“** zielt das BMZ auf eine **klimaneutrale Deckung des stark steigenden Energiebedarfs bei einer vollständigen Dekarbonisierung des Energiesektors.** Mit dem Aktionsfeld trägt das BMZ im Rahmen der Agenda 2030 insbesondere zum **Ausbau von erneuerbaren Energien** (SDG 7.2) und zur **Verbesserung der Energieeffizienz** (SDG 7.3) sowie zum **Zugang zu Energiedienstleistungen** (SDG 7.1) bei. Dies beinhaltet das Ziel, gemeinsam mit Partnerländern, der Gebergemeinschaft und anderen relevanten Stakeholdern bis 2050 den Energiesektor vollständig zu dekarbonisieren und die Bevölkerung der Partnerländer bis 2030 bedarfsgerecht mit Energie zu versorgen, die zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen stammt, nachhaltig produziert und verwendet wird (Leitbild der „Vision 100“). Die positiven Wirkungen einer bedarfsgerechten Energieversorgung sind

¹²Ausnahmen bestehen unter anderem für bestimmte Typen von Energievorhaben zur Schaffung von Energiezugang auf Basis von erneuerbaren Energien, die nicht direkt zur Minderung vorhandener Emissionen beitragen, aber an den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Energiewende arbeiten. Weitere Ausnahmen bestehen für bestimmte Vorhaben der Stadtentwicklung, die zum Beispiel primär die Versorgungslage mit Dienstleistungen verbessern oder die Kapazitätsentwicklungen bei Institutionen verfolgen.

essenziell für eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung¹³ und gehen damit über die Klimaziele und das SDG 7 hinaus.

Im **dritten Aktionsfeld „Nachhaltige Stadtentwicklung“** ist das Ziel der deutschen Entwicklungspolitik, zu **nachhaltigen, klimaneutralen, resilienten und lebenswerten Städten beizutragen**. Lebenswert bedeutet, dass der Bevölkerung im Sinne von SDG 11 ein sicheres und gesundes Lebensumfeld, inklusiver Zugang zu Basisdienstleistungen, Beschäftigung und zum gesellschaftlichen Leben sowie nachhaltiger Wohnraum ermöglicht werden.¹⁴ Dazu werden mit einem **integrierten Ansatz** Synergien bei den vielfältigen Aspekten der Stadtentwicklung genutzt sowie Zielkonflikte abgewogen und möglichst vermieden. Mit diesem ganzheitlichen Ansatz werden Lösungen verfolgt, die übergreifend die Perspektiven und Herausforderungen der unterschiedlichen Sektoren und Akteure integrieren, die vielschichtigen sozialen Verflechtungen berücksichtigen und somit die räumlichen, historischen sowie sozioökonomischen Gesamtentwicklungen der Städte beeinflussen.

Übergreifende klimapolitische Zielsetzungen

Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, sind Ambitionssteigerungen in allen Bereichen nötig; deshalb unterstützt das BMZ die Einigung auf ein neues internationales Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025. **Das BMZ wird sich in den Verhandlungen für ein ambitioniertes internationales Ziel einsetzen.** Zur Erreichung dieses Ziels tragen auch Maßnahmen aus anderen Kernthemen des BMZ bei. Dabei wird angestrebt, **ein ausgewogenes Verhältnis von Minderungs- zu Anpassungsfinanzierung aus**

Haushaltsmitteln sicherzustellen und bei den mobilisierten Marktmitteln und der mobilisierten privaten Klimafinanzierung den Anteil der Anpassungsfinanzierung zu steigern.

Das BMZ wird den politischen Dialog in Zukunft noch stärker nutzen, um seine Unterstützung mit klimapolitischen Zielsetzungen zu verknüpfen. Insbesondere strebt das BMZ an, sein eigenes Engagement wie BMZ-Länderstrategien kohärent zu vorhandenen NDCs, LTS und NAPs der Partnerländer sowie mit dem Ziel der Klimaneutralität auszugestalten und Partnerländern bei einer entsprechenden Ausrichtung der nationalen Entwicklungspläne zu helfen. Das BMZ wird dabei auch kritisch die Eigenanstrengungen der Partner beleuchten und ambitionierte Planungen bezüglich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel begleiten.

Das BMZ wird zudem laufend überprüfen, inwiefern sein bilaterales finanzielles Engagement und seine Einzahlungen in multilaterale Fonds optimale Wirkungen zur Gestaltung der Klimaagenda zeigen. **Ferner stellt das BMZ sicher, dass sein gesamtes Engagement mit den Zielen des Pariser Abkommens kongruent ist und deren Erreichung nach Möglichkeit aktiv unterstützt (Paris Alignment).**¹⁵

Um dem entwicklungspolitischen Engagement im Kernthema verstärkte Wirkung zu verschaffen und es glaubwürdig zu untermauern, **setzt sich das BMZ im Rahmen seiner Zuständigkeit auch für eine ambitionierte nationale und europäische Klimapolitik ein.** Dies umfasst auch die entwicklungsorientierte Ausgestaltung von CO₂-Bepreisung und Grenzausgleichsmechanismen sowie die nachhaltige Ausrichtung der Finanzmärkte und internationaler Lieferketten.

¹³SDG 1 (keine Armut), SDG 2 (kein Hunger), SDG 3 (Gesundheit), SDG 4 (Bildung), SDG 5 (Gleichberechtigung der Geschlechter), SDG 8 (Arbeit und Wirtschaft), SDG 9 (Industrie), SDG 10 (weniger Ungleichheit), SDG 11 (nachhaltige Städte). Zudem werden Antikorruptionsmaßnahmen berücksichtigt (SDG 16), damit die Mittel dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

¹⁴Vor diesem Hintergrund leistet das BMZ in diesem Aktionsfeld unter anderem Beiträge zu inklusiver und nachhaltiger Urbanisierung (SDG 11.3), nachhaltigen Verkehrssystemen (SDG 11.2) und zur Reduzierung negativer Umweltauswirkungen von Städten (SDG 11.6).

¹⁵Dazu dient in Bezug auf das bilaterale Engagement des BMZ bspw. das zukünftige Leistungsprofil des Qualitätsmerkmals Klima- und Umweltprüfung.

Das BMZ setzt sich zudem weiterhin dafür ein, dass die Bundesregierung einen umfassenden Ausschluss von fossilen Brennstoffen in ihrer internationalen und nationalen Finanzierung beschließt.

Mittel und Instrumente

Das BMZ wird mit ambitionierten, ausgewählten Ländern, auch mit LDCs, strategische Klimakooperationen abschließen. In diesen Kooperationen werden mit gesteigertem Mitteleinsatz klimapolitische Transformationsprozesse unterstützt, um ambitionierte Ziele für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel umzusetzen. Dazu sollen die politischen Rahmenbedingungen klimafreundlich gestaltet werden, bspw. durch Reformen im Bereich von Subventionen oder CO₂-Bepreisung. Solche Reformen werden unterstützt durch bi- und multilaterale Finanzierungen, zum Beispiel durch bilaterale Ko-Finanzierung von multilateralen politikbasierten Finanzierungen (*Policy Based Financing/PBFs*). Zusätzlich werden bilaterale Finanzierungen, zum Beispiel über die Deutsche Klima- und Technologie-Initiative (DKTI), bereitgestellt, mit denen insbesondere Vorhaben für transformative Technologiesprünge oder besonders innovative Themen gefördert werden.

Zur systematischen Berücksichtigung von Klimafolgen in den drei Aktionsfeldern (und bei Bedarf in weiteren Kernthemen) werden **projektübergreifende Klimarisikoanalysen**¹⁶ genutzt, mit dem Partner neu erstellt bzw. der Partner wird bei der Erstellung unterstützt. Diese Analysen bilden die Basis zur Weiterentwicklung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sowie zur Planung und Umsetzung der vom BMZ unterstützten Maßnahmen mit Blick auf **Anpassung und Resilienz**. Sie stärken zugleich die Anpassungskapazitäten der Partnerländer.

Mit der auf alle Strategien und Maßnahmen des BMZ anzuwendenden **Umwelt- und Klimaprüfung** wird zudem sichergestellt, dass zum einen nachteilige Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Umwelt vermieden bzw. verringert und erwartete Auswirkungen des Klimawandels systematisch berücksichtigt werden. Zum anderen sollen dadurch Potenziale zur Einsparung von Treibhausgasen sowie für Klimaanpassung und Umweltschutz erhöht werden.

Neben dem umfangreichen bilateralen Engagement **wird das BMZ mit seinen multilateralen Beiträgen zum Beispiel an den GCF oder die GEF einen zentralen Beitrag zur Finanzierung der internationalen Verpflichtungen** im Kontext der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen **leisten**. Zudem soll **in allen Aktionsfeldern ein starker Akzent auf die Mobilisierung privaten Kapitals** für Klimafinanzierung gesetzt werden. Hier gilt es, die politischen Rahmenbedingungen zu verbessern, nachhaltige Geschäftsmodelle zu entwickeln, neue Kooperationen einzugehen sowie Korruptionsrisiken zu verringern, um so das Vertrauen der privaten Akteure zu stärken. Um den großen Bedarf an **Anpassungsfinanzierung** zu decken, müssen Klimarisiken in den Finanzierungsinstrumenten systematisch berücksichtigt und für Anpassungsinvestitionen attraktive Rahmenbedingungen geschaffen werden. Seine eigenen Instrumente zur Klimafinanzierung wird das BMZ zukünftig noch kohärenter einsetzen. **Bi- und multilaterale Maßnahmen** sollen möglichst **eng verzahnt** werden.

¹⁶Je nach Situation und entwicklungspolitischen Schwerpunkten werden neben der Risikobetrachtung auch evidenzbasierte Analysen für Klimaschutz genutzt.

Um die **internationale klimapolitische Agenda** mitzugestalten, setzt das BMZ schwerpunktmäßig folgende Aktivitäten ein: **Die multilateralen Entwicklungsbanken werden aufgefordert und dabei unterstützt, ihre Aktivitäten vollständig am Pariser Klimaabkommen auszurichten** und ihre Politikfinanzierungsinstrumente zur Weichenstellung in Richtung Dekarbonisierung zu nutzen. **Das BMZ beteiligt sich zudem aktiv im Rahmen der G7- und G20-Prozesse am klimapolitischen Dialog und wird sich dabei insbesondere während der deutschen G7-Präsidentschaft 2022 für eine progressive Klima- und Energiepolitik einsetzen.** Innerhalb der EU setzt sich das BMZ dafür ein, dass die Leitsätze des **European Green Deal** mit themenübergreifenden Maßnahmen für Klimaneutralität und Nachhaltigkeit auch **im Außenhandeln der EU** angewandt werden. Als Instrumente dafür dienen unter anderem die *Team-Europe*-Initiativen (TEI). Im Zuge der NDICI-Programmierung setzt das BMZ sich dafür ein, dass mit diesen Initiativen das gebergemeinschaftliche Handeln gestärkt und an die Bedürfnisse der Partnerländer angepasst wird, zum Beispiel bei der vom BMZ mitbegründeten regionalen *Africa-EU Green Energy Initiative*.

Die **Zusammenarbeit mit und Förderung von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Kommunen** in den Partnerländern sowie im deutschen und europäischen Raum dienen der Weiterentwicklung, kritischen Begleitung und Begründung der klimapolitischen Agenda. Dort und hier sind diese Akteure maßgeblich für die klimapolitische Mobilisierung, erhöhen die Transparenz und unterstützen den gesellschaftlichen Dialog zu Klimaschutz und Anpassung. Daher plant das BMZ seinen Dialog mit diesen Akteuren weiter zu vertiefen. Dafür wird das BMZ unter anderem, zu einem **jährlich stattfindenden gemeinsamen Dialog einladen**. Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den Kommunen soll auch bei der Umsetzung von Maßnahmen, insbesondere im Rahmen von **Multiakteurspartnerschaften**, weiter gestärkt werden. Wissenschaftliche

Nord-Süd-Kooperationen zur evidenzbasierten Gestaltung der klimapolitischen Agenda und zur Stärkung der Kapazitäten in Nord und Süd werden angestrebt.

Zudem **stärkt Deutschland gezielt benachteiligte Bevölkerungsgruppen in ihrer Positionierung in der internationalen Klimapolitik und fördert ihre Beteiligung an den Klimaverhandlungen.** Beispielsweise unterstützt das BMZ die Plattform für lokale Gemeinschaften und Indigene Völker (LCIPP) der VN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und setzt sich für die Umsetzung des Gender-Aktionsplans im Kontext des *Lima Work Programme on Gender* (LWPG) ein.

Qualitätsmerkmale

Bei allen Aktivitäten des BMZ müssen Qualitätsmerkmale als Querschnittsthemen berücksichtigt und integriert werden. Qualitätsmerkmale sind das „**Gütesiegel**“ für **werteorientierte, nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklungszusammenarbeit**. Derzeit gibt es sechs Qualitätsmerkmale (Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und Inklusion; Anti-Korruption und Integrität; Armutsbekämpfung und Reduzierung der Ungleichheit; Umwelt- und Klimaprüfung; Konfliktsensibilität/*Do no harm*; Digitalisierung), deren Inhalte in Leistungsprofilen konkretisiert werden.

Im gesamten Kernthema werden bei allen Vorhaben die Qualitätsmerkmale des BMZ gemäß ihren Leistungsprofilen berücksichtigt. So sind die **Armutsbekämpfung und Reduzierung der Ungleichheit** sowie die Förderung von **Menschenrechten, Gleichberechtigung der Geschlechter und Inklusion** ebenfalls Leitprinzipien der BMZ-Klimapolitik. Die in Armut lebenden und am stärksten benachteiligten Gruppen werden systematisch berücksichtigt und Frauen gezielt eingebunden. Menschenrechtliche Risiken und Wirkungen sowie Genderanalysen werden bei allen bilateralen Vorhaben betrachtet bzw. durchgeführt. Insbesondere in den Aktionsfeldern 2

und 3 sollen die Chancen der **Digitalisierung** genutzt werden, die im Zusammenspiel mit innovativen Technologien zum Beispiel die Mobilitäts- und Energiewende unterstützt und den Zugang zu erneuerbarer Energie z. T. erst ermöglicht. Zudem wird es darauf ankommen, dass strukturelle Reformen unter Berücksichtigung einer **transparenten und partizipativen Regierungsführung** umgesetzt werden. Nur so können sie Wirkungen und Akzeptanz entfalten. Korruption kann Klimamaßnahmen auf allen Ebenen behindern – von der Ausgestaltung politischer Inhalte bis zur Umsetzung von Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen. Die konsequente Berücksichtigung des Qualitätsmerkmals zu Antikorruption und Integrität ist wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit der Maßnahmen im Kernthema. Gerade in fragilen Kontexten hat die **Konfliktsensibilitätsprüfung eine gesteigerte Relevanz, um Resilienz gegenüber einem breiten Risikospektrum zu stärken**. Diese Ansätze sind auch zentral, um mit klimainduzierter Migration umzugehen und katastrophenbedingter Vertreibung entgegenzuwirken.

4 Zukünftige Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in den Aktionsfeldern: strategische Vorgaben

4.1 Aktionsfeld 1 „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel“

Das Aktionsfeld „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel“ fokussiert auf eine strategische, sektorübergreifende Zusammenarbeit mit Partnerländern und anderen Akteuren, durch die klimapolitische Reformen gefördert werden. Dazu werden Kapazitäten und Institutionen zur Erstellung und Umsetzung von klimarelevanten Politiken gestärkt sowie transformative Klimaportfolios aufgebaut, um den Beitrag von Ländern und Institutionen zur Erreichung des 1,5-Grad-Zieles und/oder die Resilienz- und Anpassungskapazitäten gegenüber klimabedingten Risiken zu erhöhen. Um dafür die internationalen Rahmenbedingungen zu verbessern, arbeitet das BMZ mit Ländern und Regionen sowie mit multilateralen Organisationen, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und der Wissenschaft eng zusammen.

Das BMZ trägt zur Zielsetzung der NDCP bei, 50 Schwellen- und Entwicklungsländer bei der Umsetzung ihrer NDCs und der Ambitionssteigerung bis 2025 direkt oder indirekt zu unterstützen.¹⁷ So strebt das BMZ an, in allen seinen Partnerländern, die auch Mitglied der NDCP sind, direkte Maßnahmen zur NDC-Umsetzung zu fördern. Des Weiteren zielt das

BMZ auf die Umsetzung der Vision 2025 der *InsuResilience Global Partnership* (IGP), gemäß derer bis 2025 unter anderem 500 Millionen arme und verwundbare Menschen mit Klimarisikofinanzierungs- und -versicherungslösungen gegen Klimarisiken abgesichert werden sollen. Zukünftig sollen Maßnahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in diesem Aktionsfeld verstärkt zu beiden Partnerschaften beitragen.

Die bilaterale Zusammenarbeit im Aktionsfeld verfolgt ambitionierte, explizite Klimaziele wie Treibhausgasreduktion oder systematische Anpassung an den Klimawandel auf nationaler und/oder subnationaler Ebene. Alle Maßnahmen in diesem Aktionsfeld haben explizite Ziele bzw. Nebenziele zu Klimaschutz und -anpassung, sodass sie zu 100 Prozent auf die Klimafinanzierung anrechenbar sind. Zur Umsetzung baut das BMZ im Rahmen seiner finanziellen und technischen Zusammenarbeit **transformative Klimaportfolios** auf, wie zum Beispiel Dekarbonisierungsvorhaben, systematische Anpassungsmaßnahmen oder die Förderung naturbasierter Lösungen. Hierzu zählen bspw. Maßnahmen in der Landwirtschaft und in Städten für die (siedlungswasserwirtschaftliche) Infrastruktur sowie Maßnahmen zum Schutz von Wäldern, Küstenmeeren und anderen Ökosystemen. Im Rahmen der ländlichen Entwicklung

¹⁷Geteilte Federführung mit BMU.

wird dies unterstützt durch die Verstärkung agrarökologischer Ansätze. Gefördert werden die Partnerländer auch bei der Erarbeitung von nationalen Klimastrategien, der Stärkung entsprechender Institutionen und partizipativer Prozesse zur Umsetzung von Klimazielen.

Besonders vulnerable Länder sowie benachteiligte und marginalisierte Personen und Gruppen sollen mit gezielten Angeboten ihre Anpassungskapazitäten erhöhen und ihre Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandels stärken können.¹⁸ Dazu fördert das BMZ in den Partnerländern ein innovatives und eng verzahntes Klimarisiko- und Katastrophenrisikomanagement mit kontextnahen Risiko- und Resilienzanalysen sowie risikoinformierten Planungs- und Monitoringsystemen. In der Umsetzung können zum Beispiel der Aufbau resilienter Infrastruktur, Klimarisikofinanzierungen und -versicherungen sowie krisenfeste soziale Sicherungssysteme gestärkt werden. Dies sind auch Beiträge zur Konfliktprävention und Krisenbewältigung sowie zur Stabilisierung der Lebensgrundlagen in fragilen Ländern. **Gemäß dem Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge** werden Anpassung an den Klimawandel und Klimaschutz als wesentliche Aspekte zur Verbesserung menschlicher Sicherheit gefördert. Mit diesen Maßnahmen wird in vielen Fällen klimabedingter Flucht und Vertreibung entgegengewirkt.

Partner und Instrumente

Um die vereinbarten Minderungs- und Anpassungsziele zu erreichen, unterstützt das BMZ die Partnerländer bei der Planung und Umsetzung ihrer NDCs, LTS und/oder NAPs. Als Grundlage der Zusammenarbeit zu Anpassung und Resilienz werden Klimarisikoanalysen gemeinsam genutzt und bei Bedarf neu durchgeführt.

Ein Schlüssel für wirksamen Klimaschutz sind entsprechende Rahmenbedingungen, die durch Beratung bei Politik- und Sektorreformen gefördert werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Abbau von Subventionen für fossile Energieträger und der Einführung einer CO₂-Bepreisung. Dabei achtet das BMZ darauf, dass diese sozialgerecht gestaltet sind. **Solche Reformprozesse unterstützt das BMZ durch die Finanzierung oder Ko-Finanzierung von multilateralen politikbasierten Finanzierungen (Policy Based Financing/PBFs) mit anreizfördernden Finanzierungsvolumina.** Insbesondere in darlehensfähigen Ländern werden sie verstärkt eingesetzt und durch Unterstützung im Bereich des öffentlichen Finanzmanagements sowie durch Antikorruptions- und Integritätsmaßnahmen der G20 begleitet. Entschuldungsinitiativen – bspw. im Kontext der Covid-19-Krise – sollen so mitgestaltet werden, dass sie die klimapolitischen Zielsetzungen stärken. Ergänzend kommen entsprechende *Debt Swaps* in Betracht. Durch Beratung und Kapazitätsaufbau setzt sich das BMZ dafür ein, dass mittelfristig die Schuldenmanagementkapazitäten der Entwicklungsländer gestärkt und dabei auch Klimarisiken einbezogen werden.

Im Bereich Anpassung und Resilienzstärkung ist die Zusammenarbeit mit LDCs und den kleinen Inselentwicklungsländern (Small Island Developing States/SIDS) von besonderer klimapolitischer Relevanz (SDG 13.b). Das BMZ kooperiert mit LDCs über bilaterale und regionale Vorhaben. SIDS werden in Multigebartnerschaften sowie über multilaterale Mechanismen unterstützt. Des Weiteren setzt das BMZ auf eine fortgesetzt enge Kooperation mit den V20 – dem Finanzministerstrang des *Climate Vulnerable Forum* (CVF) – sowie mit dem *NAP Global Network* und der *Africa Adaptation Initiative* (AAI). Zur Entwicklung internationaler Lösungen für klimainduzierte

¹⁸Neben SDG 13 weitere betroffene SDGs: SDG 1.5 und SDG 11.5 (Schutz armer und vulnerabler Menschen vor Katastrophen); SDG 1.3 und SDG 10.4 (soziale Sicherheit); SDG 9 (resiliente Infrastruktur); SDG 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen).

Migration und katastrophenbedingte Vertreibung unterstützt das BMZ die Arbeiten der *Platform on Disaster Displacement* (PDD) und der *Task Force on Displacement* (TFD) des Warschau-Mechanismus.

Im gesamten Aktionsfeld sind die Europäische Kommission, multilaterale Entwicklungsbanken und VN-Organisationen zentrale Partner, um Synergien zu fördern und systemische Wirkung zu erzielen. Über seine Kooperationen mit der Weltbankgruppe, Regionalbanken, den VN und dem IWF unterstützt das BMZ eine effektive Klimapolitik in Schwellen- und Entwicklungsländern. In den kommenden Jahren setzt sich das BMZ durch gezielte Fördermaßnahmen (zum Beispiel *Green Recovery Initiative* mit der Weltbank und die *EU-Team-Europe*-Initiativen) und Dialoge für eine *Green Recovery* im Sinne des *Recover-Forward*-Ansatzes ein. **Für die Umsetzung des gesamten Aktionsfelds nutzt das BMZ zudem maßgeblich die multilateralen Fonds der Klimarahmenkonvention und des Pariser Klimaabkommens, GCF¹⁹ und GEF einschließlich des LDCF, sowie die CIFs.** Mit ihrem z. T. jahrzehntelangen Engagement sind sie bedeutende Pfeiler der internationalen Klimafinanzarchitektur.

Das BMZ erschließt zusätzliches Potenzial zur Hebelung von Finanzmitteln, indem es privaten Kapitalgebern durch Risikoreduzierung und verbesserte Rahmenbedingungen Klimainvestitionen in den Partnerländern ermöglicht. Auch hierfür werden PBFs und Versicherungslösungen gezielt eingesetzt. Die Potenziale freiwilliger Treibhausgaskompensationen werden dabei ebenfalls berücksichtigt. **Die Privatwirtschaft ist darüber hinaus der entscheidende Akteur für die Entwicklung und Verbreitung von Klimaschutztechnologien,** die in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vielfach zum Einsatz kommen.²⁰

Beispiele für BMZ-Initiativen gegen den Klimawandel

Initiativthema „Allianz für Entwicklung und Klima“ – freiwilliges privates Engagement für Entwicklung und Klimaschutz

Mit dem zeitlich begrenztem Initiativthema „Allianz für Entwicklung und Klima“ zeigt das BMZ auf, wie privates Engagement für mehr Klimaschutz aussehen kann: durch die Mobilisierung nichtstaatlicher Akteure zur Klimaneutralität, verknüpft mit der Unterstützung des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern.

Die benötigten Investitionen zur Umsetzung der Agenda 2030 und zur Erreichung der Pariser Klimaziele können nicht aus öffentlichen Mitteln allein finanziert werden. Schlüsselfaktoren für den Erfolg der Maßnahmen gegen den Klimawandel sind die **Mobilisierung privater Mittel** und eine **Ausweitung des freiwilligen Engagements** von Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kommunen und Privatpersonen.

Dafür hat das BMZ Ende 2018 die „Allianz für Entwicklung und Klima“ ins Leben gerufen. **Die Allianz mobilisiert und unterstützt freiwilliges Engagement und nutzt die Hebelwirkung von CO₂-Kompensationsprojekten für Entwicklung.** Ihre Unterstützer streben Klimaneutralität an, indem sie CO₂-Emissionen vermeiden, reduzieren und ihre verbleibenden Emissionen im Rahmen des freiwilligen Ausgleichs über klimaneutrale Projekte hoher Qualität (zum Beispiel Gold-Standard) in Entwicklungs- und Schwellenländern kompensieren. Dadurch finanzieren sie zum Beispiel die Nutzung von Solarkochern zur Reduzierung von CO₂-Emissionen oder den Schutz von Wäldern zur CO₂-Speicherung. Diese Projekte tragen außerdem

¹⁹Geteilte Federführung mit BMU.

²⁰SDG 17.16 und 17.17 (Multi-Stakeholder-Partnerschaften).

zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung vor Ort und/oder zum Erhalt der Biodiversität bei. Die Entwicklungswirkungen werden anhand unabhängig geprüfter Standards nachgewiesen. Nach zwei Jahren zählt die Allianz bereits über 1.100 Unterstützer (Stand: Mai 2021). Im Jahr 2020 haben die Unterstützer nach eigenen Angaben insgesamt 3,6 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen kompensiert.

Zielsetzung

Um das Engagement der Unterstützer dauerhaft zu fördern und zu multiplizieren, wurde die Allianz im Herbst 2020 durch das BMZ in eine gemeinnützige Stiftung überführt, in der das BMZ für die nächsten zehn Jahre den Kuratoriumsvorsitz innehat. Als Stiftung bietet die Allianz ihren Unterstützern die Möglichkeit, sich selbst verstärkt – auch finanziell – zu engagieren, sodass die Allianz sich langfristig selbst tragen wird.

In den nächsten Jahren will die „Allianz für Entwicklung und Klima“ deutlich mehr Unterstützer mobilisieren, um noch mehr Klima- und Entwicklungswirkungen zu erzielen. Die Stiftung soll ein besseres Verständnis der Verbindung von Entwicklung und Klimaschutz schaffen und den Ansatz der Allianz auch international weiter bekannt machen. Das Angebot an hochwertigen zertifizierten Kompensationsprojekten soll erweitert werden.

Dazu sind folgende Aktivitäten der Stiftung vorgesehen, die vom BMZ für die ersten zehn Jahre auch finanziell unterstützt wird; anschließend soll sich die Stiftung über Spenden und Zustiftungen selbst finanzieren:

- **Aufklärungs- und Bildungsarbeit**, um weitere Unterstützer aus Privatwirtschaft, öffentlicher Verwaltung, Zivilgesellschaft und Privatpersonen zu werben
- **Forschungsarbeit und Informationsbereitstellung** zur Verbesserung der Qualität bestehender Ansätze mit Blick auf Zertifikate/Standards innerhalb der Allianz sowie die Verbindung mit Entwicklung

- **Maßnahmen zur Verbreitung und Skalierung von Best Practices** und innovativen Ansätzen zur Mitgestaltung des Marktes für freiwillige Kompensation
- **Sicherstellen der Kontinuität** durch vermehrtes – auch finanzielles – Engagement der Unterstützer im Rahmen der Stiftung
- **Beteiligung an internationalen Konferenzen und Internationalisierung/Europäisierung** des Ansatzes.

Das BMZ-Engagement soll künftig **stärker eingebettet werden in die Förderung von freiwilligen CO₂-Kompensationsmärkten für ausgewählte Sektoren** wie dem Luftverkehr.

Klimaneutrales BMZ – mit gutem Beispiel vorangehen

Als Ressort mit dem größten Anteil internationaler Klimafinanzierung innerhalb der Bundesregierung steht das BMZ selbst in der Verantwortung, voranzuschreiten und **den eigenen ökologischen Fußabdruck auf ein Minimum zu reduzieren**. Ende 2019 hat sich das **BMZ als erstes Bundesressort klimaneutral** gestellt. Es werden fortlaufend Reduktionsmaßnahmen umgesetzt und verbleibende Treibhausgasemissionen nach anspruchsvollen Standards kompensiert.

Das langfristige Ziel des BMZ ist **Klimaneutralität ohne Kompensation bis 2040** – bis dahin also ein „Null-Emissionsministerium“ zu werden. Das BMZ nimmt seine Verantwortung **auch jenseits des eigenen Ministerialbetriebs** wahr. Laut **Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG)** soll die **gesamte Bundesverwaltung bis 2030 klimaneutral** werden und auch auf die **Klimaneutralität der Organisationen unter ihrer Aufsicht** oder in ihrem Eigentum hinwirken. Das BMZ hat mit den Institutionen unter seiner Ressortaufsicht (darunter DIE, DEval, EG, GIZ) bereits einen solchen Prozess gestartet. Mit den Durchführungsorganisationen GIZ und KfW werden zudem Ansätze für einen *Carbon*

Footprint erarbeitet, der negative Klimaauswirkungen von Vorhaben systematisch erheben und vermeiden helfen soll. Über die Mitarbeit im Prozess „klimaneutrale Bundesverwaltung“ **setzt sich das BMZ auch im Ressortkreis für ambitionierte Zielsetzungen ein.** Das BMZ ist neben dem BMU als bisher einziges Bundesressort nach dem anspruchsvollen *Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) der EU* zertifiziert und damit verpflichtet, die eigenen Umweltleistungen – darunter Treibhausgasemissionen – kontinuierlich zu verbessern, darüber zu berichten und dies unabhängig überprüfen zu lassen.

4.2 Aktionsfeld 2 „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“

Der Energiesektor ist aufgrund signifikanter Minderungspotenziale von Treibhausgasemissionen ein Schlüsselsektor für den Klimaschutz. Er trägt gleichzeitig maßgeblich zur zukunftsfähigen Entwicklung der Partnerländer bei. Eine nachhaltige, bedarfsgerechte und inklusive Energieversorgung, die zu 100 Prozent über erneuerbare Energien erfolgt, auf international anerkannten Qualitätsstandards beruht und niemanden zurücklässt, leistet einen entscheidenden Beitrag für das Erreichen der Klimaziele und ermöglicht gleichzeitig sozio-ökonomische Prosperität.

Die technischen Errungenschaften und die Preisentwicklung der erneuerbaren Energien befördern die vollständige Dekarbonisierung der Energieversorgung. Fehlende Speicherkapazitäten und unzureichende Integration erneuerbarer Energien im Stromnetz, aber auch weiterhin starker Druck von Anbietern fossiler Energieträger oder Kraftwerkstechnik auf die Entscheider in Entwicklungsländern verhindern aber nach wie vor eine schnellere Verbreitung von erneuerbaren Energien und von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Mit dem Leitbild der „Vision 100“ kann das

BMZ seinen Partnerländern einen umfassenden Vorschlag zur Adressierung dieser Herausforderungen anbieten.

Damit die „Vision 100“ bis 2050 realisiert werden kann, verfolgt das BMZ bis 2025 die Ziele, (1) Energiearmut in den Partnerländern zu verringern und unter anderem Privathaushalte, soziale Einrichtungen und Unternehmen mit bezahlbarer, verlässlicher und nachhaltiger Energie zu versorgen; **(2) Energieeffizienz** in den Sektoren Strom (Elektrizität), aber auch Bau, Industrie und Verkehr zu verbessern und dadurch **Treibhausgasemissionen einzusparen**; sowie **(3) ambitionierte Partnerländer systematisch bei der Entwicklung und Umsetzung transformativer Energiepolitiken zum Schutz des Klimas zu unterstützen** und dabei diejenigen Subsektoren²¹ zu priorisieren, die besonders hohe transformative Wirkungen entfalten. Wo immer möglich, soll der weiteren Abhängigkeit von fossilen Energieträgern entgegengewirkt werden.

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Erzeugungskapazitäten ist deren erfolgreiche Integration in die lokalen Strommärkte entscheidend für den Erfolg der Energiewende. Hierzu unterstützt das BMZ die Partnerländer dabei, die entsprechenden regulatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen und in moderne Energiesysteme zu investieren, insbesondere in den Auf- und Ausbau von Stromnetzen. Gleiches gilt für den grenzüberschreitenden Stromhandel und die Flexibilisierung der Stromsysteme, unter anderem durch Speichertechnologien und die Digitalisierung der Verbrauchs- und Netzsteuerung.

Mit Partnerländern, die sich für den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energie entscheiden, werden Langfriststrategien erarbeitet, die ein dauerhaftes Engagement sowie eine enge Zusammenarbeit mit anderen Gebern erfordern. Globale, regionale und bilaterale Vorhaben wird das BMZ künftig noch enger

²¹Subsektoren sind Netze, Energieerzeugung oder Energiezugang.

miteinander verzahnen, um in den jeweiligen Partnerländern transformative Wirkungen zu erreichen. Abhängig von den Bedürfnissen (Grundversorgung von Haushalten und kleinen Unternehmen, Versorgung von ländlichen Kommunen, Unternehmen, Gewerben und sozialen Einrichtungen oder Versorgung großer Verbrauchszentren wie Städten, Industrie, Bergbau) unterstützt das BMZ die Energiewende auf allen Ebenen: netzgebunden, aber auch über Inselnetze (*Mini-Grids*) oder dezentrale Lösungen.

Strukturelle Marktbarrieren für den Ausbau erneuerbarer Energien auf politischer, gesetzlicher oder regulatorischer Ebene werden unter anderem durch die Verzahnung von bi- und multilateralen Instrumenten bearbeitet, um auf ein förderliches Umfeld für bedarfsgerechte, klimaneutrale Energieversorgung hinzuwirken. Dies beinhaltet unter anderem die Steuer- und Importpolitik, den Regulierungsrahmen, den Zugang zu Kapital, die Mobilisierung von Privatinvestitionen und die nötige ressortübergreifende Koordinierung in den Partnerländern sowie die Stärkung weiterer relevanter Akteure, unter anderem im Privat- und Finanzsektor.

Energieeffizienz ist ein integraler Bestandteil einer jeden Energiewende in den Partnerländern des BMZ. Um die Transformation bestmöglich zu unterstützen, wird der Energiesektor systematisch mit den Sektoren Verkehr, Industrie und Gebäude/Bau betrachtet. Nachhaltiges und energieeffizientes Bauen gewinnt aufgrund des steigenden Energiebedarfs des wachsenden Bau- und Gebäudesektors zukünftig weiter an Bedeutung. Durch den *Green-Cooling*-Ansatz soll der stark wachsende Kühlsektor klimaneutral gestaltet werden und Partnerländer sollen dabei unterstützt werden, den Bereich Kühlung und Klimatisierung in den NDCs und Sektorstrategien zu verankern. Die im Rahmen des Initiativthemas „Grüner Wasserstoff und Folgeprodukte“ geförderten

synthetischen Grund- und Kraftstoffe ermöglichen die vollständige Dekarbonisierung zum Beispiel der Chemie- und Stahlindustrie, aber auch von schwer elektrifizierbaren Verkehrsbereichen wie dem Schiffsverkehr.

Partner und Instrumente

Das BMZ arbeitet mit relevanten Akteuren auf bilateraler, europäischer und multilateraler Ebene zusammen. Unter den multilateralen Institutionen zählen die Weltbankgruppe, insbesondere das *Energy Sector Management Assistance Program* (ESMAP), IRENA²², die Internationale Solarallianz (ISA)²³, die EU mit ihrer Europäischen Energiegemeinschaft sowie regionale Entwicklungsbanken und die Afrikanische Union (AU) zu den engsten Partnern des BMZ. Darüber hinaus spielen auch internationale Netzwerke wie das *Renewable Energy Policy Network for the 21st Century* (REN21)²⁴, internationale Initiativen wie *Sustainable Energy for All* (SE4All) und die Initiative für erneuerbare Energien in Afrika (AREI) sowie verschiedene Thinktanks eine wichtige Rolle für das Vorantreiben der globalen Energiewende. Ferner kooperiert das BMZ mit dem *Global Covenant of Mayors*.

Ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik im Energiebereich liegt bei den Partnerländern und -organisationen auf dem afrikanischen Kontinent mit seinem rasant wachsenden Energiebedarf und seinem großen Potenzial für eine Energiewende. Dies bildet sich unter anderem in den im Rahmen des „Marshallplans mit Afrika“ geschlossenen Reformpartnerschaften mit besonders entwicklungsorientierten und ambitionierten Partnerländern ab, aber auch im Initiativthema „Grüne Bürgerenergie“. Das BMZ greift hier die aktuellen Trends des Energiemarktes auf (fallende Kosten für erneuerbare Energietechnologien und Batterien, steigende Bereitschaft von Investoren, in die Energiewende zu investieren) und

²²Federführung BMWi.

²³Gemeinsame Federführung von BMZ und BMWi.

²⁴Gemeinsame Federführung von BMZ und BMWi.

setzt gleichzeitig auf die enormen natürlichen Ressourcen sowie auf das wachsende Bewusstsein für die positiven Effekte der Energiewende in afrikanischen Ländern.

Unter Federführung der Europäischen Kommission, im Rahmen der Ratsschlussfolgerung zu Klima- und Energiediplomatie und zusammen mit gleichgesinnten weiteren EU-Mitgliedsstaaten setzt sich die Bundesregierung mit der *African-EU Green Energy Initiative*²⁵ für die Energiewende in afrikanischen Partnerländern ein.²⁶ Ziel ist es, eine ambitionierte *Green-Energy-Initiative* als eine gemeinsame *Team-Europe-Initiative* zu unterstützen.

Daneben besteht für die Energiewende überwiegend außerhalb Afrikas großes Potenzial bei Ländern mit derzeit hohem Anteil an fossilen Energieträgern im Energiemix, steigendem Energiebedarf sowie hoher regionaler Strahlkraft und gewichtiger Rolle in zentralen Klima-Verhandlungsprozessen. Häufig handelt es sich um die Länderkategorie „**Globale Partner**“ des BMZ, die für die Lösung globaler Zukunftsfragen und den Schutz globaler öffentlicher Güter von strategischer Bedeutung sind (zum Beispiel Indien, Brasilien, Indonesien). Die Zusammenarbeit mit diesen Ländern im Energiebereich führt das BMZ sowohl bilateral als auch multilateral und ressortübergreifend weiter und baut sie ggf. aus. Gemeinsam mit der EU unterstützt das BMZ zudem Partnerländer im Westbalkan und östliche EU-Nachbarländer bei der Ausweitung des *European Green Deal*.

Auf der bilateralen Ebene spielen strategische Partnerschaften eine entscheidende Rolle, um mittels technischer und finanzieller Zusammenarbeit den notwendigen Ausbau der Energieversorgung und die globale Klimaagenda voranzutreiben. Bei Ländern mit hohem Minderungspotenzial bemüht sich das BMZ, neben klassischen Darlehen über die

Bereitstellung öffentlicher Haushaltsmittel und Garantien weitere Marktmitel zu hebeln und neue Finanzierungsinstrumente wie PBFs einzusetzen. Investitionen in Zukunftsfelder der Transformation und Dekarbonisierung unterstützt das BMZ auch in „Darlehensländern“ mit Zuschussfinanzierungen, sofern es sich dabei um Maßnahmen des Umwelt- und Ressourcenschutzes handelt. **Aufgrund der Komplexität des nötigen Transformationsprozesses auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene und des hohen Investitionsbedarfs bieten Kooperation und Kombifinanzierungen mit anderen Gebern und der Privatwirtschaft großes Potenzial im Aktionsfeld.**

Private Investitionen in nachhaltige Energietechnologien werden sowohl durch förderliche Rahmenbedingungen, die Beratung von Unternehmen bei der Vorbereitung bankfähiger Investitionsvorhaben als auch durch die Bereitstellung passender Finanzierungsinstrumente mobilisiert. Mit langjährigen Multigeberkooperationen und Globalvorhaben hebelt das BMZ zusätzliche Ressourcen von anderen Gebern und der Privatwirtschaft, verbessert die Effizienz und erhöht die Sichtbarkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Ferner wird eine **enge Kooperation mit der Privatwirtschaft** durch die Agentur für Wirtschaft und Entwicklung (AWE), Entwicklungspartnerschaften und das *develoPPP.de*-Programm, den Einsatz von strukturierten Fonds und anderen *Blended-Finance*-Ansätzen sowie durch die Bereitstellung langfristigen Kapitals durch die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) gefördert. Durch **Wissenschaftskooperationen** wird evidenzbasierte Zusammenarbeit gefördert (Modellierungskapazitäten stärken und Datenlücken schließen, Langfriststrategien mit Daten zu Entwicklungspfaden unterfüttern).

²⁵Aktuell (Juli 2021) in Erarbeitung.

²⁶Zu den Ergebnissen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft s. BMZ: Germany's 2020 Council Presidency, <https://www.bmz.de/en/development-policy/germanys-2020-council-presidency>.

BMZ-Initiativthemen im Aktionsfeld „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“

Das BMZ engagiert sich mit zwei Initiativthemen im Aktionsfeld mit dem Ziel, in einem kürzeren Zeitraum nachhaltig wirkende Ergebnisse zu erzielen.

Initiativthema „Grüne Bürgerenergie“

Weltweit fehlt es 770 Millionen Menschen an einer Stromversorgung. Am stärksten davon betroffen sind fast 580 Millionen Menschen in Subsahara-Afrika, von denen etwa 87 Prozent auf dem Land leben.²⁷ Das hemmt die wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen. Denn: Energie ist eine wichtige Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und den Aufbau wirtschaftlicher Strukturen.²⁸

Ziel der „Grünen Bürgerenergie“ ist die Versorgung ländlicher Regionen mit nachhaltigen, dezentralen erneuerbaren Energien. Im Fokus steht die aktive Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, Genossenschaften sowie privatwirtschaftlicher Investoren beim Auf- und Ausbau erneuerbarer Energien und deren produktive Nutzung. Vorbild sind die deutschen Energiegenossenschaften – führende Treiber der ländlichen Elektrifizierung im 19. Jahrhundert und Teil des Erfolgs der deutschen Energiewende. Frauen sollen in besonderem Maße mitwirken und einbezogen werden. Im Rahmen der Komponente „**Energieautarke Dörfer**“ sollen Dörfer – vorwiegend in Afrika – über innovative Finanzierungsinstrumente mit dezentralen Erzeugungstechnologien nachhaltig mit ausreichend Energie versorgt werden. Das Initiativthema wird über die Finanzielle

und Technische Zusammenarbeit im Rahmen der „Grünen Bürgerenergie für Afrika“ in neun Partnerländern Subsahara-Afrikas (Äthiopien, Benin, Côte d’Ivoire, Ghana, Mosambik, Namibia, Sambia, Senegal und Uganda) seit 2019 umgesetzt. **Die Initiative ist bis September 2023 angelegt.**

Im Vordergrund des Ansatzes der „Grünen Bürgerenergie“ stehen:

- die **Förderung von Kleinprojekten** zur Verbesserung der Energieversorgung und die Pilotierung von lokalen Ansätzen von Betreibermodellen im Sinne der „Grünen Bürgerenergie“
- die **Aus- und Fortbildung** im Bereich erneuerbare Energien sowie deren produktiver Nutzung für die lokale Wertschöpfung
- die **Förderung von Kleinunternehmen und sozialen Institutionen** bei der Herstellung und Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen zur produktiven Nutzung von Energie vor Ort
- die **Verbesserung der Rahmenbedingungen** für finanzielle und politische Partizipation in dezentralen Energieprojekten;
- die **Förderung von Partnerschaften** und die Verbreitung von Informationen zum Stärken der lokalen, genossenschaftlichen bzw. kommunalen Projekte
- die **Finanzierung und Hebelung von Investitionen** in Unternehmen für dezentrale erneuerbare Energien in Afrika

²⁷IEA (2020): SDG 7: Data and Projections, <https://www.iea.org/reports/sdg7-data-and-projections>.

²⁸Verbesserung der Lebensbedingungen in ländlichen Regionen, SDG 3 durch Reduktion gesundheitsgefährdender Faktoren im Haushalt, SDG 4 durch breite Ausbildung lokaler Kräfte, SDG 5 durch Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen von Frauen, SDG 6 und SDG 9 durch Bereitstellung von Basisdienstleistungen, SDG 8 durch Förderung der produktiven Nutzung von Energie, SDG 13 durch Reduktion von Treibhausgasemissionen und SDG 17 durch Förderung von Partnerschaften zwischen europäischen und afrikanischen Institutionen.

Die Erfahrungen aus der Initiative werden in die weitere Zusammenarbeit zur ländlichen Elektrifizierung mit den Partnerländern des BMZ einfließen. Überdies sollen aus dem Initiativthema „Grüne Bürgerenergie“ weitere Impulse im Bereich der nachhaltigen dezentralen erneuerbaren Energie folgen.

Initiativthema „Grüner Wasserstoff und Folgeprodukte“

Entscheidend für die Herstellung von „grünem“ Wasserstoff und seiner Folgeprodukte bzw. Derivate (Power-to-X, PtX) ist, dass der dafür benötigte Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. Grüner Wasserstoff und seine Folgeprodukte wie zum Beispiel synthetische Kraftstoffe werden benötigt, um die letzten Schritte der Energiewende hin zu einem CO₂-freien Energiesystem zu ermöglichen, bspw. in der Chemie- und Stahlindustrie, aber auch in schwer elektrifizierbaren Verkehrsbereichen (zum Beispiel Luftfahrt, Schifffahrt und Schwerlastverkehr). In den meisten Ländern können CO₂-Reduktionen von rund 70–90 Prozent ohne den Umweg über Wasserstoff erreicht werden. Für eine vollständige Dekarbonisierung sind Wasserstoff und PtX allerdings notwendig. Neben den beiden ersten Säulen der Energiewende – Ausbau der erneuerbaren Energien sowie Erhöhung der Energieeffizienz – können grüner Wasserstoff und seine Folgeprodukte somit die dritte Säule der Energiewende bilden.²⁹

Die Nationale Wasserstoffstrategie³⁰ der Bundesregierung zielt darauf ab, die Energiewende durch grünen Wasserstoff weiter zu verwirklichen. „Entwicklungspolitik und wirtschaftliche Zusammenarbeit“ ist einer der ausgewiesenen Eckpunkte der Strategie.

Ziel des BMZ ist es, den Aufbau von PtX-Produktionsanlagen in nahezu industriellem Maßstab in einigen Pilotländern voranzutreiben. Voraussetzung hierfür ist eine **klare politische Ausrichtung des Initiativthemas**, um die neuen Entwicklungschancen, die sich für die Partnerländer und eine strukturierte Energie- und Klimawende ergeben, zu nutzen. Dazu ist es erforderlich, die lokalen Potenziale zu identifizieren, damit verbundene mögliche Risiken zu benennen, lokale Kompetenzen zur Schaffung technischer und regulatorischer Rahmenbedingungen aufzubauen und zu stärken, wertschöpfungskettenbasierte und marktwirtschaftlich orientierte Strategien mit interessierten Partnerländern zu lancieren und privatwirtschaftliche Innovations- und Investitionskraft nutzbar zu machen. Eine Kooperation mit multilateralen Gebern in diesem Bereich wird geprüft.

Dabei kommt denjenigen Partnerländern eine besondere Rolle zu, in denen besonders günstige naturräumliche und politische Bedingungen zur Produktion von grünem Wasserstoff bestehen, wie zum Beispiel in einigen nordafrikanischen Partnerländern und einigen Staaten anderer Weltregionen.

Das BMZ erstellt in enger Abstimmung mit dem BMBF sogenannte Potenzialatlanten, anhand derer die Voraussetzungen für die Produktion und Nutzung von grünem Wasserstoff in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit systematisch analysiert und nachfolgend unterstützt werden können. Die Potenzialatlanten bilden die Grundlage für die Planung und Umsetzung von grünem Wasserstoff und PtX-Vorhaben. Das BMZ fördert in Marokko und künftig in einigen weiteren Partnerländern entsprechende Produktionsstätten, um zu einer Dekarbonisierung

²⁹Die Nutzung CO₂-neutraler Produktionsprozesse ermöglicht einen Beitrag zu nachhaltiger sozioökonomischer Entwicklung und trägt darüber hinaus zur Erreichung der Klimaziele bei. Dadurch können auch Synergien zur Erreichung der SDGs (insbes. SDG 7, 8, 9, 13, 16, 17) adressiert und genutzt werden. Nicht zuletzt bieten grüner Wasserstoff bzw. PtX wichtige Alternativen zur Nutzung fossiler Rohstoffe und eröffnen den Partnerländern somit neue wirtschaftliche Entwicklungschancen und Exportmärkte (SDG 17).

³⁰BMWi (2020): Die Nationale Wasserstoffstrategie, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/die-nationale-wasserstoffstrategie.html>

der Wirtschaft, der Entstehung von qualifizierten Arbeitsplätzen, höheren Exporteinnahmen sowie einer verbesserten Energieversorgung beizutragen.

Vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern ist jedoch darauf zu achten, dass die energieintensive Produktion und ggf. der Export von grünem Wasserstoff nicht zulasten der häufig noch unzureichenden Energieversorgung vor Ort gehen und dass keine Investitionsanreize für zusätzliche fossile oder nukleare Energiequellen entstehen. Im Hinblick auf die Wechselwirkungen komplexer Ökosysteme sind im Initiativthema wie auch im gesamten Aktionsfeld negative Folgen für natürliche Ressourcen zu vermeiden (*land/water grabbing; Water-Energy-Food-Nexus*). Das BMZ wird daher die Entwicklung von entsprechenden Strategien zur Sicherung ökologischer Nachhaltigkeit und des klimapolitisch sinnvollen Einsatzes von grünem Wasserstoff und PtX in Partnerländern fördern.

4.3 Aktionsfeld 3 „Nachhaltige Stadtentwicklung“

Das BMZ verfolgt einen Ansatz integrierter Stadtentwicklung mit dem Ziel, Städte nachhaltig, klimaneutral, resilient und lebenswert zu gestalten und so zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel sowie zur Umsetzung der Agenda 2030 beizutragen. Entscheidend dabei ist, den **notwendigen und möglichen Beitrag von Stadtentwicklung zu den Klima- und Entwicklungszielen zu identifizieren und konsequent zu unterstützen.**

Dafür sind für das BMZ-Engagement **Dezentralisierung und integrierte Planungsansätze mit umfangreicher Partizipation der Bevölkerung als Beitrag zu guter Regierungsführung zentral.** Entsprechende Potenziale sollen auch im informellen Sektor und in informellen Siedlungen gezielt aufgegriffen werden. Stadtrandgebiete werden hierbei ebenso berücksichtigt wie die Wechselbeziehungen zwischen Stadt

und Umland. Städte werden befähigt, demografischen Wandel und Migration für ein sozial lebendiges und wirtschaftlich erfolgreiches Stadtleben zu nutzen. Die Chancen der Digitalisierung für die Gestaltung der Urbanisierung und der Verbesserung der Regierungsführung werden dabei gezielt genutzt.

Grundlage für nachhaltige Stadtentwicklung sind reformorientierte, handlungsfähige Städte. Darum unterstützt das BMZ bereits im frühen Stadium schnell wachsender Städte die Planung, Finanzierung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen. Ziel ist zum einen, Städte in die Lage zu versetzen, Flächennutzung und Versorgung mit Basisdienstleistungen intelligent zu planen. Dies erfordert eine angemessene Mandatierung der nationalen Ebene, gestärkte Planungs- sowie institutionelle und personelle Kapazitäten sowie Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten aller, insbesondere marginalisierter Bevölkerungsgruppen. Zum anderen ist es Ziel, die Handlungsfähigkeit von Städten durch **ausreichende Finanzmittel aus Eigeneinnahmen, Finanztransfers der nationalen Ebene sowie Zugang zum Kapitalmarkt zu verbessern.** Dabei spielen innovative Finanzierungsansätze, wie die Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Entwicklungsbanken, Lokalwährungsdarlehen oder strukturierte Fonds, eine immer wichtigere Rolle. Hierfür werden das Schulden- und Haushaltsmanagement, die Finanzkontrolle sowie das öffentliche Investitionsmanagement adressiert.

Um Treibhausgasemissionen und Ressourcenverbrauch zu bremsen und Städte lebenswerter und gleichzeitig klimaneutral zu machen, werden in diesem Aktionsfeld insbesondere die Sektoren Mobilität, Bauen sowie Abfall- und Kreislaufwirtschaft adressiert. Maßnahmen in weiteren Sektoren mit großen thematischen Schnittstellen, wie Energieversorgung und Siedlungswasserwirtschaft, leisten hierzu einen Beitrag und werden ebenfalls im Rahmen dieses Aktionsfeldes umgesetzt.

Beim Bau, Betrieb und bei den Nutzungskonzepten von Gebäuden unterstützt das BMZ seine Partner, um das enorme Klima- und Umweltschutzpotenzial des Bausektors zu heben. Ziel ist es, durch die Erhöhung der Energieeffizienz, innovative Produktionsverfahren, die Nutzung lokaler nachhaltiger Baustoffe und Wertschöpfungsketten sowie die Anwendung naturbasierter Lösungen die notwendigen Emissionseinsparungen von 80–90 Prozent zu erreichen sowie die Resilienz gegen Auswirkungen des Klimawandels zu stärken. Nachhaltiges Bauen muss mit angemessenen Nutzungskonzepten, zum Beispiel im Wohnungswesen und bei Grünflächen in der Stadt, verknüpft werden.

Mit vorausschauender Stadt- und Verkehrsplanung unterstützt die deutsche Entwicklungspolitik die „Stadt der kurzen Wege“, die allen Bewohnerinnen und Bewohnern Mobilität sowie Zugang zu Erwerbstätigkeit, Dienstleistungen und gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht, die Luft rein hält – und dabei das Klima schützt. Dadurch erreicht das BMZ, dass bis 2025 rund sieben Millionen Tonnen CO₂ weniger im Verkehrssektor entstehen.³¹ Mit der **Initiative für Transformative Urbane Mobilität (TUMI)** unterstützt das BMZ weltweit die Verkehrswende für klimaneutrale, umweltschonende, inklusive, sichere und bezahlbare Mobilität für alle. Die Handlungsfelder des BMZ-Engagements sind die Förderung des öffentlichen Personenverkehrs, der aktiven Mobilität (Zufußgehen, Radfahren), die Integration verschiedener Verkehrsträger sowie klima- und umweltfreundlicher Mobilitätstechnologien, wie zum Beispiel der E-Mobilität. Dafür arbeitet die deutsche Entwicklungspolitik in internationalen Partnerschaften und Allianzen, fördert integrierte Verkehrssysteme in ihren Partnerländern, bildet Verkehrsplanerinnen und -planer fort und fördert Innovationen, zum Beispiel durch die Nutzung der vielfältigen Chancen der Digitalisierung oder die Vernetzung mit der Mobilitätswirtschaft.

Das BMZ unterstützt den Auf- und Ausbau einer funktionierenden Abfall- und Kreislaufwirtschaft. Ziel ist es, auf den weiteren Anstieg des weltweiten Siedlungsabfallaufkommens (um 70 Prozent bis 2050 prognostiziert) zu reagieren und den damit zu erwartenden Anstieg von Treibhausgasemissionen des Abfallsektors von 1,6 auf 2,6 Milliarden Tonnen CO₂e pro Jahr zu mindern.³² Verstärkt setzt das BMZ neben einer grundlegenden Abfallsammlung, -aufbereitung und -entsorgung auf die Vermeidung von Abfall in Produktion, Konsum und Handel. Dabei geht es auch darum, Unternehmen in nachhaltige Lieferketten einzubinden, in denen mehr Sekundärrohstoffe genutzt, zukunftsfähige Geschäftsmodelle etabliert und faire Arbeitsplätze geschaffen werden. Dabei gewinnen Ansätze der erweiterten Produzentenverantwortung zunehmend an Bedeutung, um über eine Stärkung des Verursacherprinzips eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft zu realisieren und Abfälle von vornherein zu vermeiden. Gleichzeitig werden dadurch auch Anreize zur Vermeidung von Abfall gestärkt. Ein wichtiges Anliegen des BMZ besteht darin, unsere Partnerländer darin zu unterstützen, den Mülleintrag in die Meere zu reduzieren. Mit der **PREVENT Abfall Allianz** fördert das BMZ den Austausch und die internationale Kooperation von Organisationen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und öffentlichen Institutionen für die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft in seinen Partnerländern.

Der fiskalische Handlungsspielraum wird sich für Städte durch die gesamtwirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie in den nächsten Jahren verringern. Gleichzeitig bietet die Reaktion auf die Pandemie die Chance, im Sinne des *Recover-Forward*-Ansatzes die resiliente und qualitativ hochwertige Infrastruktur und Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Basisdienstleistungen zu verbessern, um

³¹Schätzung auf Grundlage der Wirkungszahlen der KfW 2016 bis 2021.

³²Weltbank (2018): What a Waste 2.0, <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/30317/9781464813290.pdf>.

Belastungen für Umwelt, Klima, Gesundheit und Wirtschaft vorzubeugen. Naturbasierte Lösungen bieten hier eine nachhaltige Alternative oder Ergänzung zu technologischen Ansätzen.

Partner und Instrumente

Urbanisierung prägt sich regional unterschiedlich aus. Insbesondere, aber nicht nur in Afrika, stellen schnell wachsende Sekundär- und Mittelstädte die Stadtplanung und -entwicklung vor besondere Herausforderungen und bieten dabei das Potenzial, über *Leapfrogging* einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschlagen. Auch deshalb nimmt das BMZ afrikanische Städte besonders in den Blick. Oft verfügen diese nur über geringe finanzielle Ressourcen und technische oder Managementkapazitäten. In der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit sind insbesondere Zuschussmittel erforderlich. Viele Städte in Mitteleinkommensländern in Asien und Lateinamerika sind finanziell verhältnismäßig besser ausgestattet, sehen sich jedoch mit massiven städtischen Umweltproblemen konfrontiert und bieten zugleich großes Potenzial für Treibhausgasreduzierung. Das BMZ möchte in diesen Partnerländern das bestehende Innovationspotenzial und progressive nachhaltige Stadtplanungsansätze über (konzessionäre) bilaterale Darlehen und multilaterale Zusammenarbeit, Städtenetzwerke, Multiakteurs- und kommunale Partnerschaften weiter stärken. Länder im Westbalkan werden mit marktbasierenden Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit an EU-Standards herangeführt.

Das BMZ unterstützt mit der bilateralen technischen und finanziellen Zusammenarbeit seine Partnerländer dabei, die regulatorischen und fiskalischen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung ihrer Städte zu schaffen und dabei hohe internationale soziale und ökologische Standards anzuwenden. Lokale und regionale Regierungen spielen dabei eine immer bedeutendere Rolle. Sie setzen Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Anpassung lokal um und übernehmen zunehmend eine Führungsrolle. In Krisen wie der Covid-19-Pandemie oder

beim Auftreten von Extremwetterereignissen und Naturkatastrophen zeigen sie Flexibilität und Handlungsbereitschaft. Um sie in dieser Rolle zu bestärken, **arbeitet die deutsche Entwicklungspolitik mit Städten direkt und in Städteverbänden wie ICLEI (*Local Governments for Sustainability*) und C40 sowie mit nichtstaatlichen Netzwerken wie der SLOCAT-Partnerschaft (*Partnership on sustainable, low carbon transport*) zusammen.** Auch regionale Organisationen und Verbände sind wichtige Wissensträger und Kooperationspartner. Mit eigenen **Partnerschaftsinitiativen** ergänzt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bestehende Netzwerke zwischen Gebern, staatlichen Akteuren, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Beispiele hierfür sind die TUMI, die PREVENT Abfall Allianz und die CFF. Über direkte Kooperation mit Kommunen in den Partnerländern (zum Beispiel über Städtepartnerschaften) bringen deutsche Kommunen ihre Erfahrungen international ein.

Multilaterale Institutionen, insbesondere Entwicklungsbanken und VN-Organisationen, sind zentrale Partner für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Aktionsfeld. Über die politischen Steuerungsgremien (bspw. bei UN-Habitat und der *Cities Alliance*), aber auch über Initiativen wie *Action towards Climate-friendly Transport* (ACT) werden die Rolle nachhaltiger Stadtentwicklung und das entsprechende Portfolio in der Arbeit der Institutionen gestärkt. Gemeinsam mit multilateralen Entwicklungsbanken werden Finanzen für nachhaltige Stadtentwicklung gehebelt, indem die Rahmenbedingungen verbessert und Investitionsanreize geschaffen werden. Darüber hinaus nutzt das BMZ Multigeber-Treuhandfonds, mit denen Städten der Zugang zu Finanzierung erleichtert wird.

In nationalen, europäischen und internationalen Gremien setzt sich die deutsche Entwicklungspolitik dafür ein, dass nachhaltige, klimaneutrale und lebenswerte Städte auf die Agenda gesetzt und verbindliche Regeln für ihre Entwicklung vereinbart werden. Auf

deutscher und europäischer Ebene bringt sich das BMZ in Prozesse und Gesetzgebungsverfahren ein, wenn Auswirkungen auf die Entwicklung in Partnerländern zu erwarten sind (zum Beispiel EU-Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft, Neue Leipzig-Charta für Stadtentwicklung). Impulse aus der Europäischen Union, wie der *European Green Deal* und der in diesem Rahmen entstandene Aktionsplan Kreislaufwirtschaft, werden genutzt, um die Ambitionssteigerung für Klimaschutz und Anpassung im BMZ-Portfolio umzusetzen und die Zusammenarbeit von bilateraler deutscher und europäischer Entwicklungspolitik zu verstärken. Im Rahmen internationaler Formate wie der Klimarahmenkonvention, der *World Urban Fora* und mittels globaler Plattformen (zum Beispiel *Platform for Accelerating the Circular Economy (PACE)*, Globale Allianz der EU) setzt sich die deutsche Entwicklungspolitik dafür ein, dass nachhaltige, klimaneutrale, resiliente und lebenswerte Städte in internationalen Abkommen verankert werden (zum Beispiel *New Urban Agenda*, Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge).

5 Erfolgsbewertung

Im Kernthema „Verantwortung für unseren Planeten – Klima und Energie“ ist die Erfassung von Ergebnissen³³ mithilfe von Programm- und Modulzielindikatoren für die operative Steuerung von Programmen und Modulen der Entwicklungszusammenarbeit zentral. Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass die Ziele in Länderstrategien und EZ-Programmen in enger Anlehnung an die Ziele dieser Strategie formuliert sind. Wo sinnvoll und möglich, sollen Daten nach wichtigen Merkmalen wie Alter, Geschlecht und Armutsstatus disaggregiert erhoben werden.

Über die aktive Mitwirkung in den Gremien der multilateralen Fonds und Initiativen, die Bestandteil des BMZ-Engagements unter dem Kernthema „Verantwortung für unseren Planeten – Klima und Energie“ sind, setzt das BMZ sich zudem auch dort für eine **systematische Erfassung von Ergebnissen** ein.

Darüber hinaus sollen mithilfe aggregierbarer Standardindikatoren Ergebnisse auf Modulebene vorhabenübergreifend erfasst werden, um die Möglichkeiten der Kommunikation von Ergebnissen der deutschen EZ weiter zu verbessern. Diese sind für die 3 Aktionsfelder folgende:

1. Menge der reduzierten oder vermiedenen Treibhausgasemissionen [in Tonnen CO₂-Äquivalent]
2. Anzahl der Menschen, die bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels direkt unterstützt wurden

3. Anzahl der Menschen, die erstmals oder verbesserten Zugang zu moderner Energieversorgung erhalten haben
4. Installierte Leistung [MW] erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung, die zusätzlich installiert wurde
5. Elektrische Energie [MWhel] bzw. thermische Energie [MWth], die eingespart wurde
6. Anzahl der Menschen in städtischen Räumen, die von neu geschaffener oder verbesserter, nachhaltiger Grundversorgung, Infrastruktur oder Dienstleistungen profitieren.

Die Kernthemenstrategie „Verantwortung für unseren Planeten – Klima und Energie“ soll etwa ein Jahr vor Ende der Laufzeit (also ab Herbst 2024) in einem Reflexionsprozess überprüft und bewertet werden. Neben einem umfassenden themenübergreifenden Review werden bei Bedarf auch relevante Einzelthemen im Kontext der Aktionsfelder überprüft. Hier gilt es, Erkenntnislücken genau zu eruieren und Partnerbedarfe in den Blick zu nehmen, um das Zusammenspiel der komplexen Kausalketten vor Ort und den spezifischen Wirkungen der deutschen EZ noch besser zu verschränken.

³³ „Ergebnisse“ ist die Übersetzung für „Results“, womit gemäß offizieller OECD-Definition die Outputs, Outcomes und Impacts einer EZ-Maßnahme gemeint sind. Outcomes sind kurz- und mittelfristige Wirkungen, Impacts längerfristige Wirkungen.

6 Glossar

Energiewende

Energiewende bezeichnet die Transformation und ggf. den notwendigen Ausbau eines Energiesystems im Sinne der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens. Sie adressiert eine für alle ausreichende, klimaneutrale und nachhaltige Versorgung mit Energie.

Erneuerbare oder regenerative Energie

Erneuerbare Energien sind Sonnenenergie, Windenergie, Biomasse, Geothermie und nachhaltige Wasserkraft.

Erweiterte Produzentenverantwortung

Das Prinzip der „erweiterten Produzentenverantwortung“ wird seit den 1990er-Jahren in Deutschland diskutiert. Die Produktverantwortung in der Abfallwirtschaft nimmt Hersteller auch dann noch in die Pflicht, wenn aus ihren Produkten Abfall wird. Dies betrifft vor allem die Rücknahme und Verwertung. Sie soll einen Anreiz schaffen, Abfälle schon bei der Herstellung von Produkten zu vermeiden. Die umweltverträgliche Verwertung und Beseitigung nach dem Gebrauch sollen ebenso sichergestellt sein.

Green Recovery

Green Recovery umfasst ein Paket von Umwelt-, Regulierungs- und Steuerreformen, die dazu dienen, dass die Wiederherstellung des Wohlstands nach der Covid-19-Pandemie den Erfordernissen der ökologischen Nachhaltigkeit gerecht wird. Der Begriff wird weltweit verwendet, um den Nutzen proaktiver und integrativer Politiken zu beschreiben, die wirtschaftliche Erholung mit Strategien zum Klimaschutz und Resilienzstärkung kombinieren. *Green Recovery* umfasst somit die ökologische Seite des gleichzeitig sozialen und ökologischen *Recover-Forward*-Ansatzes des BMZ.

Grüne Folgeprodukte – Grünes PtX (*Power-to-X*)

PtX bezeichnet Folgeprodukte, die aus Wasserstoff gewonnen werden. Dabei kann es sich um kohlenstofffreie (zum Beispiel Ammoniak) oder kohlenstoffhaltige (zum Beispiel synthetisches Flugbenzin) Verbindungen handeln. PtX wird als „grün“ bezeichnet, wenn zu seiner Produktion ausschließlich grüner Wasserstoff verwendet und eventuell benötigter Kohlenstoff vollständig aus der Luft oder aus Biomasse gewonnen wird.

Grüner Wasserstoff

Grüner Wasserstoff bezeichnet Wasserstoff, der ausschließlich mit erneuerbaren Energien produziert wird.

Inklusiv

Der Begriff Inklusion beschreibt den Einschluss bzw. die Einbeziehung von Menschen in die Gesellschaft.

InsuResilience Global Partnership

Die führende globale Partnerschaft zum Ausbau von Finanzierungs- und Versicherungslösungen gegenüber Klima- und Katastrophenrisiken. Deutschland ist mit bislang (Mai 2021) rund 670 Millionen Euro größter Unterstützer der Partnerschaft.

Integrierte Stadtentwicklung

Der Begriff verweist auf die Notwendigkeit, Planungsprozesse nicht sektoral, sondern ganzheitlich zu gestalten. Das bedeutet zum Beispiel, bei der Stadtentwicklung Siedlungsstruktur, Verkehr, Umwelt und soziale Belange im Zusammenhang zu betrachten. Zusätzlich müssen mehrere Regierungsebenen integriert werden. Ziel ist, bei immer schnellerer Veränderung von Rahmenbedingungen und Anforderungen an die Stadt, eine nachhaltige Entwicklung von Stadtquartieren zu ermöglichen.

Klimaneutral

Klimaneutralität bedeutet, ein Gleichgewicht zwischen Treibhausgasemissionen und der Aufnahme von Treibhausgasen aus der Atmosphäre in Senken herzustellen. Um Netto-Null-Emissionen zu erreichen, müssen alle Treibhausgasemissionen weltweit durch Kohlenstoffbindung ausgeglichen werden. Als Kohlenstoffsenke wird ein System bezeichnet, das mehr Kohlenstoff aufnimmt, als es abgibt. Die wichtigsten natürlichen Kohlenstoffsinken sind Böden, Wälder und Ozeane.

Klimaresilienz

Resilienz (siehe dort) gegenüber den Auswirkungen der Klimawandels.

Klimarisikoanalysen

Klimarisikoanalysen stellen bestehende und zukünftige Klimarisiken dar. Sie zeigen unterschiedliche Anpassungsmaßnahmen unter anderem in der Landwirtschaft und Stadtentwicklung auf. Zusätzlich untersuchen die Studien die ökonomischen Auswirkungen des Klimawandels durch Kosten-Nutzen-Analysen von konkreten Handlungsoptionen zur Klimaanpassung.

Kreislaufwirtschaft

Kreislaufwirtschaft zielt darauf ab, den Wert von Produkten, Materialien und Ressourcen so lange wie möglich zu erhalten, indem sie am Ende ihrer Nutzung in den Produktkreislauf zurückgeführt werden, während gleichzeitig die Entstehung von Abfall minimiert wird. Kreislaufwirtschaft umfasst alle Stufen des Ressourcenmanagements, von der Ressourcengewinnung über das Produktdesign und die Herstellung bis hin zum Verkauf, Verbrauch und zur Schließung des Kreislaufs durch Wiederverwendung und Rückgewinnung.

Leapfrogging

Überspringen von technologischen Zwischenstufen, die andere Länder in ihrem Entwicklungsprozess möglicherweise durchlaufen haben oder noch durchlaufen. Beispiele sind digitaler Mobilfunk, Drohnen für die Präzisionslandwirtschaft und dezentrale erneuerbare Energiesysteme, die Strom in netzfernen, ländlichen Gebieten bereitstellen.

Lebenswerte Stadt

Eine Stadt, in der die Lebensqualität hoch ist. Die Stadt als gebaute und natürliche Umgebung beeinflusst die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger durch Sicherheit, Konnektivität, Klima und Umwelt, Zugang zu städtischen Dienstleistungen, Erholung und Kultur. Kulturen und Individuen haben unterschiedliche Vorstellungen davon, wie diese Kriterien die Lebensqualität beeinflussen.

Long-term Strategies, LTS

Artikel 4 des Pariser Klimaabkommens sieht zur Erreichung des langfristigen Temperaturziels vor, dass die globalen Treibhausgasemissionen so bald wie möglich ihren Scheitelpunkt erreichen und spätestens in der zweiten Jahrhunderthälfte auf netto null absinken. Alle Vertragsparteien sollen sich dementsprechend um die Ausarbeitung und Übermittlung langfristiger Strategien, die diesem Ziel genügen, bemühen.

Megacitys

Eine Megacity ist eine sehr große Stadt, typischerweise mit mehr als zehn Millionen Einwohnern. 2018 gab es 33 Megacitys, 2030 werden es voraussichtlich 43 sein.

Nachhaltig

Nachhaltigkeit ist ein Zustand, in dem die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne die Fähigkeit zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, und soziale, wirtschaftliche und ökologische Belange ausgeglichen sind.

National Adaptation Plans, NAPs

Nationale Anpassungspläne sind Instrumente, die den Staaten zur mittel- und langfristigen systematischen Anpassungsplanung dienen. Dabei sollen alle Sektoren und Regionen einbezogen und heutige und künftige Risiken aufgezeigt werden. Die NAPs sollen dabei helfen, programmatische und politische Prioritäten so zu setzen, sodass die Resilienz erhöht wird und Schäden vermieden werden.

Nationally Determined Contributions, NDC

Im Pariser Klimaabkommen haben sich alle Vertragsparteien zur Formulierung und Umsetzung nationaler Klimaziele verpflichtet. Die NDCs sollen alle fünf Jahre überarbeitet und dabei immer ambitionierter gestaltet werden.

Naturbasierte Lösungen

Lösungen, die von der Natur inspiriert und unterstützt werden, die kosteneffizient sind, gleichzeitig ökologische, soziale und wirtschaftliche Vorteile bieten und zum Klimaschutz und zur Stärkung von Resilienz beitragen.

NDCP

Die NDC-Partnerschaft (NDCP) wurde 2016 durch BMZ und BMU initiiert. Ihr Ziel ist es, Entwicklungs- und Schwellenländer besser in die Lage zu versetzen, ihre nationalen Klima- und Entwicklungsziele zusammenzuführen und mithilfe von bi- und multilateralen Geberprogrammen koordiniert umzusetzen.

Recover Forward

Recover Forward (statt *build back*) bezeichnet eine sozial und ökologisch nachhaltige Erholung nach der Covid-19-Krise, die konsequent an der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaabkommen ausgerichtet ist. *Green Recovery* bezeichnet die ökologische Komponente des Ansatzes.

Resilienz/Klimaresilienz

Die Fähigkeit sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Systeme, mit einem gefährlichen Ereignis, Trend oder einer Störung fertigzuwerden, indem sie auf eine Weise reagieren oder sich reorganisieren, die ihre wesentliche Funktion, Identität und Struktur beibehält und gleichzeitig die Fähigkeit zur Anpassung, zum Lernen und zur Transformation bewahrt.

Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge

Das Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge 2015 - 2030 ist ein freiwilliges Abkommen der Vereinten Nationen zur Reduzierung von Katastrophenrisiken. Es konzentriert sich auf ein verbessertes Verständnis von Katastrophenrisiken, die Förderung von Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Katastrophenfall und den katastrophenpräventiven Wiederaufbau, sowie auf Investitionen in Katastrophenrisikomanagement. Ein besonderer Fokus wird auf Governance-Ansätze gelegt, die das Katastrophenrisikomanagement durch Institutionen, Mechanismen und politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in allen relevanten Sektoren stärken, um Entscheidungen risikoinformiert zu treffen und so Resilienz zu stärken.

Systematische Anpassung

Systematische Anpassung ist die strukturierte Einstellung auf und Ausrichtung von Individuen, Gruppen, Organisationen oder Gesellschaften an tatsächliche oder erwartete Stimuli und deren Effekte, sodass Schäden vermieden werden. Sie kann reaktiv oder proaktiv stattfinden.

Transformation

Die Veränderung grundlegender Eigenschaften eines Systems, einschließlich Wertesystemen, regulatorischer, legislativer oder bürokratischer Regime, Finanzinstitutionen und technologischer oder biologischer Systeme.

Transformative Klimaportfolios

Klimaportfolios, die eine Transformation zu Klimaschutz und/oder -anpassung substantiell unterstützen.

Vulnerable Twenty – V20

Das *Climate Vulnerable Forum* (CVF) ist eine internationale Partnerschaft von 48 Ländern, die besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Die Gruppe der *Vulnerable Twenty* (V20) besteht aus den Finanzministern des CVF. Die V20 arbeitet durch Dialog und Aktion an der Bewältigung des globalen Klimawandels.

Weltklima

Die Gesamtheit der Atmosphäre, Hydrosphäre, Biosphäre und Geosphäre sowie deren Wechselwirkungen.

7 Anhang:

Vision 100: Ausgangslage, Ziele und Umsetzungsprinzipien

Die Welt steht vor zwei zentralen Herausforderungen: Der weltweite Energiebedarf wird sich bis 2050 verdoppeln und muss im Sinne der Agenda 2030 nachhaltig gedeckt werden. Gleichzeitig müssen nach dem Pariser Abkommen die globalen CO₂-Emissionen in einem noch nie da gewesenen Ausmaß gesenkt werden, um Treibhausgasneutralität bis 2050 zu erreichen. Lösungen sind vorhanden, müssen aber schneller und breiter umgesetzt werden.

„Vision 100“ ist ein Aufruf zu einer ambitionierten Klima- und Energiepolitik und zu einer konzertierten Aktion der Gebergemeinschaft und der Partnerländer, um den Weg für eine grundlegende Energiewende in den nächsten drei Jahrzehnten zu ebnen. Als neues Leitbild in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit im Klima- und Energiebereich umfasst die „Vision 100“ zwei Kernziele:

- **100 Prozent bedarfsgerechter Energiezugang bis 2030**
- **100 Prozent Nettodekarbonisierung aller energierelevanten Sektoren bis 2050**

Die „Vision 100“ fordert einen grundlegenden Wandel in der Art und Weise, wie Entscheidungen im Energiesektor getroffen werden. Vier grundlegende Prinzipien sind leitend.

- **Vom Ende her denken:** Die beiden Kernziele sind die mittel- bis langfristige Orientierung, von denen sich alle heutigen Strategien, Maßnahmen und Projekte im Energiesektor ableiten. Jede aktuelle Maßnahme im Kernthema soll sich an den Zielen der

„Vision 100“ orientieren. Energieplanung, die mit langfristigen Klimaschutzstrategien im Einklang steht und von den Kernzielen der „Vision 100“ ausgeht, muss politische Entscheidungen unterstützen.

- **Grundlegender Wandel:** Die Energiesysteme müssen weltweit grundlegend umgestaltet werden. Massive Investitionen in Energieeffizienz, erneuerbare Energien, zukunftsfähige Stromnetze und effiziente Stromspeicher sind zentral. Die Nutzung fossiler Kraftwerke muss möglichst schnell reduziert und Gas als Übergangsbrennstoff kritisch hinterfragt werden, um *Lock-in*-Effekte und Investitionsruinen (*Stranded Assets*) zu vermeiden. Gleichzeitig sind die Übergangsprozesse einer Energiewende sozial ausgewogen und gerecht umzusetzen (*Just Transition*).
- **Ganzheitlicher Ansatz:** Alle energierelevanten Sektoren wie Stromversorgung, Wärme, Kühlung, Industrie, Verkehr etc. müssen in einem umfassenden Ansatz abgedeckt werden. Sektorübergreifende Wechselwirkungen müssen berücksichtigt und die Chancen der Sektorkopplung und der Elektrifizierung gekoppelter Sektoren (zum Beispiel Verkehrssektor) genutzt werden. Energie und Klimaschutz sind integriert zu denken und mit Querschnittsthemen wie Stadtentwicklung zu verzahnen.
- **Konzertierte Aktion:** Um den erforderlichen Wandel herbeizuführen, sind enorme Investitionen von privater und staatlicher Seite aufzubringen. Dies kann nur als gemeinsame Kraftanstrengung zwischen Geber- und

Partnerländern in einem koordinierten und ganzheitlichen Ansatz gelingen. Ambitionierte Ziele der Partnerländer (wie sie sich in den NDCs und der SDG-7-Umsetzung widerspiegeln) müssen zu ambitionierter und langfristiger Unterstützung durch die Geber führen, um die Lücke zwischen Zielen und tatsächlicher Umsetzung zu schließen. Über gezielte Geberkoalitionen und die Verzahnung bilateraler und multilateraler Ansätze müssen Kräfte gebündelt werden, um ambitionierte Partnerländer bei ihren Energiewenden zu unterstützen und ambitioniertere Klimaschutzziele zu ermöglichen.

Impressum

HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ),
Referat 420

STAND

Juli 2021

DIENSTSITZE

→ BMZ Bonn

Dahlmannstraße 4

53113 Bonn

Tel. +49 228 99535-0

Fax +49 228 99535-3500

→ BMZ Berlin

Stresemannstraße 94 (Europahaus)

10963 Berlin

Tel. +49 30 18535-0

Fax +49 30 18535-2501

KONTAKT

poststelle@bmz.bund.de

www.bmz.de